

G8/G9-Vorstoß in die Gymnasien gebracht haben, kaschieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn wir das politisch bewerten, ist es wichtig festzustellen, dass Sie Ihren Frieden gemacht haben mit „9 plus 3“. Die von uns eingeführte Oberstufe wird von Ihnen toleriert, aber aus anderen Gründen, nämlich weil Sie sie gerne als Oberstufenzentrum für andere Schulformen haben möchten. Das ist doch festzustellen. Sie haben doch nicht im Geringsten geglaubt – wir auch nicht –, dass man eine so große Reform wie das G8 ohne Friktion, ohne Probleme einführen könnte. Sie werden doch in dem Handlungskatalog, den Sie vorgelegt haben, auch wiederfinden, dass das Jahre dauert, bis es implementiert ist. Ich bin Ihnen persönlich sehr dankbar, dass Sie nicht dem folgen wollen, was eben gesagt worden ist, nämlich eine Ansage an die Schule zu geben.

(Zuruf von der SPD: Die Schrittfolge, Herr Kaiser, ist wichtig! Die Schrittfolge!)

Das Wichtige ist doch, festzuhalten: Das, was damals die alte Landesregierung zusammen mit Eltern, Philologen und Direktoren vereinbart hat, und das, ...

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Es hat ja nicht gewirkt!)

– Es hat doch gewirkt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Warum hat es gewirkt?)

– Es hat doch gewirkt. Es hat vielleicht noch nicht an 650 Schulen gewirkt, aber an der Mehrheit der Schulen doch.

(Unruhe – Ralf Witzel [FDP]: Die wollen doch alle bei G8 bleiben! – Zurufe von der CDU)

... was Sie jetzt als großartige Neuigkeit verkünden, unterscheidet sich in nichts, nur in einem Punkt, nämlich dem pädagogischen Tag. Da haben Sie unsere Zustimmung. Viele Dinge, die auf dem Weg waren, werden hier noch einmal bestätigt, ausgeweitet. Es lohnte nicht, hier eine ganz große Unterrichtung zu machen. Der Neuigkeitswert war sehr überschaubar. Trotzdem herzlichen Dank an alle Akteure, die dabei sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kaiser. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit **schließe** ich die **Beratung** über die **Unterrichtung** der Landesregierung.

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200
Drucksache 15/600 (Ergänzung)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/900

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/207
Vorlage 15/73

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/901

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/927

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Weisbrich das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Bildung der rot-grünen Minderheitsregierung taucht immer wieder das Schlagwort „Koalition der Einladung“ auf. Es wabert durch dieses Haus, irrlüchert durch die Medien, und heute bekommen wir endlich Klarheit, worum es dabei geht.

Heute stellt die rot-grüne Koalition den ersten Haushalt und damit das Drehbuch ihrer Minderheitsregierung zur Abstimmung. Nach all den unverbindlichen Floskeln der vergangenen Monate lässt sich an diesem Drehbuch genau erkennen, wen Sie eigentlich einladen wollen: nicht uns, sondern ausschließlich Ihre linken Tolerierungspartner, die nach längeren Schaukämpfen mit ihrer Basis nunmehr den Elchtest bestanden haben, wie es in der Presse süffisant heißt.

Hätten Sie uns eingeladen, Herr Finanzminister, den auf Generationengerechtigkeit zielenden Konsolidierungskurs von CDU und FDP gemeinsam fortzusetzen, hätten wir uns kaum verweigern können. Aber anstatt den harten und am Ende doch alternativlosen Weg der Konsolidierung zu gehen,

werfen Sie sich lieber den Linken an den Hals und akzeptieren deren verqueres Staatsverständnis.

(Beifall von der CDU)

Der Parteitag der Linken hat am 5. Dezember sogenannte Haltelinien beschlossen. Das heißt, er hat die Preise für die Tolerierung der Minderheitskoalition festgesetzt. Diese Haltelinien sind jetzt Ihre Leitplanken. Sie verzichten auf Einsparungen, Sie blähen den Personalbestand auf, Sie betreiben eine Politik des „Wünsch dir was!“, und dafür machen Sie massenhaft neue Schulden.

(Beifall von der CDU)

Die Verfassung ist Ihnen dabei egal – genauso wie Ihren linken Partnern. Wenn man die Grundzüge Ihres Drehbuchs analysiert, wird sonnenklar, was Sie mit diesem Nachtrag erreichen wollen. Sie wollen Liquidität speichern wie ein Bär Winterspeck, aber nicht nur für ein Jahr, sondern möglichst bis zum Ende der Wahlperiode. Sie wollen ein Polster haben, um dort, wo es wehtut, nicht ernsthaft sparen zu müssen, und Sie wollen sich damit die Gunst der Linken bis zum Ende der Wahlperiode erkaufen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist Ihnen offenbar jedes Täuschungsmanöver recht. Vor der Landtagswahl hat die Ministerpräsidentin gesagt: Nach der Landtagswahl wird die SPD eine stabile und verlässliche Regierung bilden. Deshalb schließen sich Spekulationen über die Tolerierung einer rot-grünen Regierung durch die Linkspartei aus; das wird es definitiv nicht geben. – Ich stelle fest: Diese Behauptung entsprach nicht der Wahrheit.

(Beifall von der CDU)

Genauso unwahr, Herr Finanzminister, ist Ihre Mär, dass Sie wegen der schwarz-gelben Schlussbilanz zu diesem verantwortungslosen Nachtrag gezwungen seien. Sie behaupten, der Haushalt 2010 sei dramatisch unterfinanziert gewesen. Das ist nichts als eine Schutzbehauptung fern aller Fakten, mit der Sie Ihre Verschuldungssorgie tarnen wollen. In Wahrheit schließt der Haushalt 2010 um wenigstens 1,5 Milliarden € besser ab als veranschlagt, weil die Ausgaben realistisch und die Einnahmen in der Krise sehr vorsichtig geschätzt waren.

Um diese 1,5 Milliarden, Herr Finanzminister, könnte die Neuverschuldung auf dann knapp 5 Milliarden € abgesenkt werden, wenn Sie den Haushalt wirklich konsolidieren wollten. Sie wollen aber gar nicht konsolidieren. Wie sonst hätten Sie unwidersprochen behaupten dürfen, die Schuldenbremse sei ein Stück Selbstentmündigung – ich habe mich sehr gewundert, dass der Finanzminister dieses Landes so etwas sagt –, und wie sonst hätte die Frau Ministerpräsidentin angesichts leerer Kassen 1 Milliarde Zusatzausgaben pro Jahr für Ihren vorbeugenden Sozialstaat ankündigen können? Dieser vorbeugende Sozialstaat ist doch nichts anderes als eine Kuh, die man im Himmel füttert und auf der Er-

de melken will. Das wird niemals so aufgehen. Sie werden uns in ein endloses Schuldendesaster treiben.

(Beifall von der CDU)

Die von Ihnen angeblich gezogene Schlussbilanz der CDU/FDP-Regierung ist reiner Etikettenschwindel.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ihr letzter Haushalt war Schwindel!)

Es ist der schamlose Versuch, die Kosten für Ihre „Wünsch dir was!“-Politik der Vorgängerregierung in die Schuhe zu schieben. Ich kann nur sagen: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Es gibt keine schwarzgelbe Erblast in der Haushaltspolitik!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Lachen von der SPD)

Es gibt aber etwas ganz anderes. Es gibt eine sozialdemokratische Erblast, Herr Kollege Körfges, aus den drei Jahrzehnten zuvor. Wenn Sie mir das nicht glauben, muss ich Ihnen sagen: Das hat die Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Studie „Haushaltspolitische Lage und Perspektive des Landes NRW“ ganz eindrucksvoll nachgewiesen. Drei Jahrzehnte ist hier geschweinigelt worden, und jetzt muss die Suppe ausgelöffelt werden.

(Zuruf von der SPD: Um keine Ausrede verlegen!)

Sie wollen jetzt mit diesem Nachtrag nahtlos an den damals eingerissenen Schlendrian anknüpfen. Zur Tarnung dieses Manövers ist Ihnen erneut jede Täuschung recht. Deshalb behaupten die Ministerpräsidentin und der Finanzminister gemeinsam, auch wir hätten nach unserer eigenen mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013 genauso viele Schulden gemacht wie Sie.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Sehr verehrter Finanzminister, diese Behauptung ist nachweislich falsch.

(Beifall von der CDU)

Denn Sie unterschlagen das Wichtigste: dass bei der Aufstellung der Finanzplanung im Juli 2009, auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise, für die folgenden vier Jahre mit Steuerausfällen für das Land in Höhe von 25 Milliarden € gerechnet werden musste,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch lächerlich!)

weil damals das Sozialprodukt um 6 % zurückging und die Arbeitslosigkeit answoll. Das ist längst vorbei. Aufgrund der überraschenden Konjunkturerholung treten diese Steuerausfälle jetzt bei Weitem nicht ein.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch völlig falsch!)

Deshalb ist die entsprechende Neuverschuldung nicht nötig, und wir hätten diese Schulden ganz bestimmt nicht gemacht. Das belegt der drastische Abbau der Neuverschuldung, den wir in den Jahren 2006 bis 2008 betrieben haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wie das grafisch aussieht, können Sie in der „Rheinischen Post“ von gestern nachlesen. Sie dagegen, Herr Finanzminister, scheinen das Wort „sparen“ überhaupt nicht zu kennen. Denn während der Bund seine Verschuldungsplanung wegen der guten Konjunktorentwicklung um sage und schreibe 40 % zurücknimmt, wollen Sie die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen ohne jede Not um 28 % erhöhen.

Gleichzeitig – und das finde ich bemerkenswert – fordert Ihre Fraktion in Berlin, die Schuldenaufnahme des Bundes – lassen Sie es sich auf der Zunge zergehen – angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen und der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt noch weiter zu drücken. In Berlin muss noch weiter gedrückt werden; das ist einer dpa-Meldung vom 12. November zu entnehmen. Und was ist bei uns? Was nun: Schulden drücken oder Griechenland-Syndrom? – Ich glaube, Sie entscheiden sich hier für das Griechenland-Syndrom.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister, ich kann mir gar nicht ausdenken, was Ihre Kollegen in Berlin zu der von Ihnen geplanten Schuldenorgie sagen würden. Ich fürchte, sie würden sich aus Protest die Kleider vom Leib reißen. Das werden wir hier in Nordrhein-Westfalen natürlich nicht tun.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Gott sei Dank! Ersparen Sie uns das! – Weitere Zurufe von der SPD – Lachen von der SPD und von den GRÜNEN)

Stattdessen werden wir den Verfassungsgerichtshof anrufen, weil an Ihrem Nachtragshaushalt ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das würde auch gegen die parlamentarische Ordnung verstoßen.

(Heiterkeit)

Christian Weisbrich (CDU): ... so gut wie alles verfassungswidrig ist.

– Ja, lachen Sie nur dumm. Das können Sie ruhig machen. Das stört mich nicht.

In Berlin reden Sie so, hier reden Sie so. Die Leute werden sich schon ihren Vers darauf machen.

In Berlin kritisieren Sie die solide Haushaltspolitik und sagen, dass noch zu viele neue Schulden gemacht würden; da stimme ich Ihnen zu. Dort wird

aber wirklich gespart. Hier hingegen wird Geld verschwendet und zum Schornstein rausgejagt. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Kollege Körfges, der Haushalt, den Sie hier vorgelegt haben, verletzt die Kreditobergrenze nach der Landesverfassung. Sie erklären die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts nicht so, dass es irgendjemand verstehen könnte. Das kann man aufgrund dessen, was Ihr Wirtschaftsminister vorgestern in der Zeitung veröffentlicht hat, auch gar nicht erklären.

(Martin Börschel [SPD]: Dass Sie nicht lesen können, ist nicht unser Problem!)

Es ist ganz klar: Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nachtrags können Sie die Störungslage nicht schlüssig nachweisen. Aber sei's drum. Sie müssten auch nachweisen, dass die Maßnahmen, die Sie ergreifen, geeignet sind, um einer Störungslage entgegenzuwirken. Auch das können Sie nicht und haben Sie bisher vollständig unterlassen.

Mit Ihrer Politik und der Rücklagenbildung machen Sie eigentlich alles nur noch schlimmer. Meine Damen und Herren, eine Rücklage

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch Ihre Rücklage, Herr Weisbrich!)

ist per se nicht geeignet, eine Störungslage zu beseitigen. Denn eine Rücklage entzieht dem Wirtschaftskreislauf Geld. Sie horten es beim Staat, und insofern wird es dem Wirtschaftskreislauf nicht zugeführt. Damit wird alles noch schlimmer, als es vorher ohnehin schon war.

(Martin Börschel [SPD]: Milchmädchenrechnung!)

Sie brauchen es mir nicht zu glauben. Aber wir haben es gutachterlich untersuchen lassen, und Sie werden sich wundern, wie wir es gegenüber dem Verfassungsgerichtshof darstellen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie werden eine Klatsche in Münster beim Gerichtshof kriegen!)

Hinzu kommen bei einer Betrachtung Ihres Nachtrags Verstöße gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot. Ich frage Sie ernsthaft: Wer nimmt, wenn er in zwei oder in drei Jahren ein Auto kaufen will, heute Kredite auf und zahlt dafür Zinsen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Linssen!)

So bekloppt kann einer alleine überhaupt nicht sein. Aber Sie machen das mit Ihrem Nachtrag.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie verstoßen gegen das Jährlichkeitsprinzip. Sie verstoßen gegen den verpflichtenden Grundsatz der Etaireife, Herr Finanzminister. Und Sie verstoßen massiv gegen die Bundestreue, weil Sie die Vorwir-

kungen der Schuldenbremse rechtsmissbräuchlich umgehen wollen, um nur einige wenige Kritikpunkte zu nennen.

(Beifall von der CDU)

Mit Ihrer Kreditgier verhalten Sie sich genauso wie die öffentlich-rechtlichen Banken nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, als sie sich mit Ihrer Billigung in der Übergangszeit bis 2005 noch schnell mit Liquidität vollgesogen haben. Sie wollen jetzt das Gleiche tun. Ihr Stichtag ist der 01.01.2011, weil die Schuldenbremse danach selbst für Nordrhein-Westfalen indirekt Wirkung entfalten wird.

Mit unserem Entschließungsantrag weisen wir Ihnen nach, dass 2010 rund 3,2 Milliarden € Kredite weniger aufgenommen werden müssten, als Sie es in Ihrem Haushalt veranschlagt haben. Wenn Sie die Kredite dennoch aufnehmen, dann schädigen Sie das Land bei einem Zinssatz von 3 % bereits um rund 100 Millionen € pro Jahr. Bei 4 % Kreditzins beträgt der Schaden schon rund 130 Millionen € jährlich, und eine solche Zinshöhe kann man für die Zukunft keineswegs ausschließen.

Dieser Nachtrag ist eine Einladung zum Verfassungsbruch. Sie können nicht erwarten, dass wir dem zustimmen. Aber wir machen Ihnen einen Gegenvorschlag. Wir laden Sie zur Verfassungstreue ein. Wir schlagen vor, dass in den Nachtrag nur Maßnahmen aufgenommen werden, die bundesrechtlich oder landesverfassungsrechtlich zwingend geboten und damit verfassungskonform sind – im Klartext heißt das, Herr Minister: die Neuverschuldung um zusätzliche 1,83 Milliarden € unterbleibt. Auf die Zuführung zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB“ in Höhe von 1,3 Milliarden € wird verzichtet. Auf die Bildung einer Rücklage von 375 Millionen € aus der Einheitslastenabrechnung wird verzichtet.

(Martin Börschel [SPD]: Das könnte Ihnen so passen!)

Auf die Bildung einer Rücklage für konnexitätsrelevante Kosten in Höhe von 370 Millionen € wird verzichtet. Das können Sie immer noch veranschlagen, wenn der Sachverhalt und die Verteilungskriterien klar sind.

Die Zuweisungen an die Gemeinden zu den Investitionen für Plätze für Kinder unter drei Jahren beruhen ausschließlich auf einer Behauptung der Landesregierung, die sich in der parlamentarischen Beratung nachweislich als falsch erwiesen hat. Von 1.300 Bauruinen war die Rede. Wo sind denn diese 1.300 Bauruinen? – Dann müsste es in meinem Wahlkreis 20 geben. Da gibt es aber keine einzige. Ich kenne überhaupt keine Bauruinen. Das hat Ihr Innenminister auch im Kommunalausschuss eingeräumt.

Tatsache ist doch: Im Haushalt 2010 sind 100.500 Plätze für unter Dreijährige finanziert. Von den Kommunen sind bislang 88.600 angefordert worden. Damit ergeben sich im Haushaltsvollzug 2010 sogar Minderausgaben. Auf die Zuweisungen in Höhe von 150 Millionen € wird deswegen verzichtet. Die Zuführung zum Sondervermögen Versorgungsfonds in Höhe von 94 Millionen € sowie die zwangsläufigen Mehreinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 472 Millionen € werden durch den positiv verlaufenden Haushaltsvollzug von wenigstens 562 Millionen € gedeckt. Die Ausbringung von neuen Stellen kann von uns nur akzeptiert werden, wenn zur Deckung eine entsprechende Ausbringung von kw-Vermerken erfolgt.

(Ulrich Hahnen [SPD]: Sie haben schon gemerkt, dass Sie abgewählt worden sind, oder?)

Der Landtag hat am 29. Oktober 2010 einen Antrag zu den Kommunalfinanzen beschlossen; das haben wir gemeinsam gemacht. Danach erhalten die betroffenen Kommunen ab 2011 – und nicht bereits ab 2010 – in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden entsprechende Unterstützungen des Landes in Höhe von 300 bis 400 Millionen € pro Jahr. Insofern kann diese Aufstockung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die zum Jahresende ohnehin zu spät kommt, als dass die Kommunen noch etwas Vernünftiges damit anfangen könnten, ebenfalls unterbleiben.

Meine Damen und Herren, das zeigt im Grundsatz, dass es auch ganz anders geht. Die verbleibenden Haushaltsverbesserungen in Höhe von über 1,35 Milliarden €, die wir in der Saldierung haben, werden nach unserem Vorschlag zur Absenkung der Nettoneuverschuldung verwendet. Nach dem heutigen Stand brauchte sie höchstens 5,2 Milliarden € zu betragen.

Realistisch ist angesichts des wirklich gut verlaufenden Haushaltsvollzugs eigentlich, dass wir zum Rechnungsschluss, also dann, wenn Sie die Bücher für das Jahr 2010 geschlossen haben, tatsächlich mit eher unter 5 Milliarden € Neuverschuldung auskämen als mit diesen 8,4 Milliarden €, die Sie in die Welt hauen. Das kann nicht wahr sein. Ich bitte Sie herzlich, das zu unterlassen. Das ist ein grober Verfassungsbruch, den wir nicht mitmachen werden. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Börschel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD) Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr

geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat heute den Nachtragshaushalt mit einer Ergänzung vorgelegt, der vor allem Folgendes ist: Ihre Bilanz von fünf Jahren schwarz-gelber Regierung in Nordrhein-Westfalen, Ihre Bilanz des Scheiterns.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Bernd Krückel [CDU]: Lächerlich!)

Ich sage auch ganz bewusst: Er ist Ihre Bilanz des Tarnens und Verschleierns.

Sie haben im Haushalt für das Jahr 2010 die Verschuldung mit 6,6 Milliarden € bewusst niedrig angesetzt, um über den Wahltag zu kommen. In Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wussten Sie ganz genau, dass die Neuverschuldung auch unter Ihrer Regierung auf eine ähnliche Größenordnung angestiegen wäre

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist doch nicht wahr! Schauen Sie mal, wie das bei uns gelaufen ist! – Der Abgeordnete hält eine Grafik hoch.)

wie diejenige, die jetzt Landesfinanzminister Walter-Borjans vorlegt. Sie wollten sich aber über die Wahl mogeln. Das ist Ihnen zum Glück von den Wählerinnen und Wählern nicht abgenommen worden. Das ist Ihnen misslungen, sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wussten zum Beispiel ganz genau, dass der Versorgungsfonds NRW für die Beamtenpensionen eine enorme Lücke aufweist. Wir beschließen jetzt die ehrliche Zahl.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie haben vollmundig Lehrerstellen versprochen, aber das Geld dafür vergessen. Wir halten jetzt Ihre Versprechen.

Sie haben die WestLB-Vorsorge eingerichtet, aber nicht ausreichend dotiert. Das korrigieren wir jetzt.

Sie haben vom Verfassungsgerichtshof mehrere Male deftige Klatschen bekommen, zum Beispiel wegen der Einheitslastenabrechnung oder auch wegen des Kinderförderungsgesetzes. Wir zahlen nun auch hier Ihre Zeche.

(Beifall von der SPD)

Die Liste an Beispielen ließe sich fast beliebig fortsetzen. Auf den kommunalen Anteil wird Kollege Herter gleich noch in der zweiten Runde näher eingehen. Aber schon jetzt kann man festhalten: Dieser Nachtragshaushalt ist Ihre katastrophale Schlussbilanz von Schwarz-Gelb. Das ist so, und das bleibt so.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen einräumen – darauf hat Kollege Weisbrich so ziemlich als einzigen Punkt zu Recht hin-

gewiesen –, dass die Kreditobergrenze der Landesverfassung überschritten wird. Bevor sich jetzt Johlen andeutet, sage ich: Das wäre übrigens auch bei Ihrem Haushalt der Fall gewesen. Selbst Ihr Tarnhaushalt von 6,6 Milliarden € Neuverschuldung hätte die Kreditobergrenze in der Verfassung gerissen.

Wir müssen also – das ist so weit korrekt – die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen. Das hat die Regierung in mehreren Runden im Haushalts- und Finanzausschuss und auch schon hier im Plenum getan.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Die Experten im HFA waren sich einig, dass das keine juristische, sondern eine ökonomische Frage ist. Ich will nicht alle Einzelheiten wiederholen, sondern der Vollständigkeit halber auf die Ausführungen der Landesregierung und auf die ökonomischen Sachverständigen insbesondere vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung verweisen. Im Namen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen möchte ich erklären, dass wir uns diese Ausführungen ausdrücklich zu Eigen machen.

Die Maßnahmen sind – das ist in der Anhörung ebenfalls deutlich geworden – zur Abwehr der Störungslage auch geeignet.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Hier möchte ich nur einige Belege bringen, um nicht alles aus der Sitzung des HFA zu wiederholen. Die kommunalen Spitzenverbände beispielsweise bestätigen, dass die Zuwendungen an die Kommunen in erster Linie investiv verwendet werden, also konjunkturrelevant sind. Sie tragen demnach positiv zur Abwehr der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bei. Das ist belegt.

(Zurufe von Christian Weisbrich [CDU] und Christian Möbius [CDU] – Bodo Löttgen [CDU]: Wider besseres Wissen!)

Wer aus Ihren Reihen auch nur noch einigermaßen eine kommunale Verortung hat, müsste das auch zugeben. Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Städten und Gemeinden sagen das doch tagein, tagaus. Nehmen Sie endlich die Realität wahr.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zum WestLB-Fonds. Das ist zugegebenermaßen ein bisschen kompliziert. Aber wer sich der Realität nicht verweigert, sondern ordentlich zuhört, was die Experten sagen, kann eines festhalten:

(Ulrich Hahnen [SPD]: Die wollen nicht zuhören!)

Kein einziger Experte kann Ihnen garantieren, dass die Ausfälle im Risikoschild nicht kommen.

(Christian Möbius [CDU]: Wann?)

– Keiner kann Ihnen garantieren, Herr Kollege Möbius, wann Sie kommen. Das ist völlig richtig.

Wenn wir also jetzt für die höhere Dotierung – das sage ich ganz ausdrücklich – des von Ihnen übrigens schuldenfinanziert eingerichteten Fonds dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen jederzeit handlungsfähig bleibt, stabilisieren wir das Finanzsystem. Wenn wir das Finanzsystem stabilisieren, stabilisieren wir auch die Gesamtwirtschaft. Wenn wir die Gesamtwirtschaft stabilisieren, leisten wir einen Beitrag zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. So einfach ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Denn auch das haben die Ökonomen bestätigt.

Wir stellen also fest: Sie lassen sich von diesen und von allen anderen bisher vorgetragenen Argumenten nicht leiten und nicht überzeugen. Sie kündigen sogar wiederholt eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht an. Ich frage Sie: Warum stellen Sie heute keinen einzigen Änderungsantrag zum Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie das alles so schlecht finden?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist blamabel. Das ist ein Abschied aus Ihrer Rolle als Opposition.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie stellen keinen einzigen Änderungsantrag. Das einzige, was Sie vorlegen, ist ein Entschließungsantrag. Sie wissen aber genauso gut wie wir, dass ein Entschließungsantrag den Haushalt nicht ändert.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Damit verabschieden Sie sich. Damit machen Sie Klamauk. Damit veranstalten Sie Politikzirkus, Herr Kollege Weisbrich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es kommt auf die Änderungen zum Haushalt an.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dabei will ich ganz offen und ehrlich sagen: Es wäre für eine Opposition niemals leichter gewesen, den Haushalt zu verändern, als bei einer Minderheitsregierung. Wir werden gleich noch hören, dass Sie doch sogar in Teilen identische Positionen haben. Übrigens setzen Sie, insbesondere von CDU und FDP, sich damit selbst ins Unrecht, denn den WestLB-Fonds haben Sie schuldenfinanziert eingerichtet und dotiert. Wenn Sie das jetzt vor dem Verfassungsgerichtshof anklagen wollten, setzten Sie sich damit selbst ins Unrecht.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Aber lassen wir das beiseite. Wir merken auch beim Jugendmedienschutzstaatsvertrag und anderen Dingen, dass Ihnen Ihr Geschwätz von gestern offenkundig völlig egal ist. Sie sagen einfach: Koste es, was es wolle. Wir machen die Politik heute.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum stellen Sie dann keinen Antrag auf Streichung der WestLB-Risikovorsorge? Warum stellen Sie diesen Antrag nicht?

(Zuruf von der CDU: Sie brauchen dem Entschließungsantrag nur zuzustimmen!)

Oder warum stimmen Sie nicht wenigstens dem Antrag der Linken zu, die WestLB-Risikovorsorge um 350 Millionen € abzusenken?

(Beifall von der LINKEN)

Der Antrag ist doch im Raum. Stimmen Sie ihm doch zu! Sie von CDU und FDP sind doch derselben Meinung – jedenfalls seit Neuestem – wie die Linke.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Sie entlarven sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit als unglaubwürdig. Sie veranstalten Politikzirkus und verabschieden sich von seriöser Politik.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Das müssen wir hier und heute im Parlament feststellen.

Es gibt das Primat der Politik. Wer also keinen ernsthaften Versuch der Veränderung auf parlamentarischem Weg unternimmt und trotzdem klagt, verhöhnt das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Das will ich Ihnen ausdrücklich ins Stammbuch schreiben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben, da Sie keinen Versuch der Veränderung unternehmen, das politisch-moralische Recht auf Kritik verwirkt. Sie wollen das Verfassungsgericht Ihre Arbeit machen lassen, liebe Kollegen von CDU und FDP. Das ist unparlamentarisch und nicht in Ordnung. Dafür werden Sie die Quittung bekommen.

Eigentlich bleibt nur die Frage, warum Sie das machen. Warum gehen Sie so vor? Warum stellen Sie keine Anträge und ergehen sich gleichzeitig in Fundamentalkritik?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben Angst!)

Da bleibt nur eine Erklärung übrig: Sie haben es sich in der Opposition bequem gemacht. Sie sind eine Art Schaukelstuhl-Opposition geworden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich sehe das Bild geradezu vor mir, wie der Fraktionsführer Karl-Josef Laumann im Schaukelstuhl sitzend,

(Karl-Josef Laumann [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

eine Pfeife im Mundwinkel, Decke über den Knien, abends am Kaminfeuer seinen Enkeln erzählt, dass früher alles besser war,

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

dass die Regierung heute nur Fehler macht und dass er selbst in Düsseldorf Heldentaten vollbringt und große Schlachten schlägt. Das ist Ihre Mär von Ihrem Handeln in Düsseldorf und im Parlament.

(Widerspruch von der CDU)

Die Kämpfe hingegen, von denen Sie, Herr Laumann, Ihren Enkeln erzählen, sind rein virtuell. Denn Sie haben es aufgegeben, die Wirklichkeit verändern zu wollen. Das ist Ihr Problem.

(Zurufe von der CDU)

In Wahrheit wollen Sie gar nicht regieren. Sie haben Ihren Gestaltungsanspruch aufgegeben. Parteivorsitzender Röttgen spielt lieber mit Mutti in Berlin. Laschet ist geschwächt und im Wesentlichen nicht zu sehen.

(Manfred Palmen [CDU]: Alles Phrasen!)

Wittke muss sich um das Intrigantenstadl an der Wasserstraße kümmern. Krautscheid macht die Biege. Und, wie eben schon gesagt, Laumann sitzt im Schaukelstuhl und schaut lieber zu, wie Opposition virtuell geht.

(Zurufe von der CDU)

Das ist die blamable Wahrheit. Das ist ein Armutszeugnis. Das ist ein jämmerliches Bild. Deswegen bleibt uns heute nur, den Nachtragshaushalt, den die Regierung vorgelegt hat, zu beschließen.

(Ralf Witzel [FDP]: Rechtswidrig! Verfassungswidrig!)

Er ist Ihre katastrophale Schlussbilanz. Das tut weh. Tun werden wir es trotzdem. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke sehr, Herr Börschel. – Für die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragshaushalt, den die Landesregierung vorgelegt hat, ist tatsächlich eine Schlussabrechnung mit der katastrophalen Politik von CDU und FDP der letzten fünf Jahre. Aber ich sage direkt dazu: Er ist eine schonende Schlussabrechnung, denn normalerweise hätten wir weitere Bausteine einbauen müssen. Ich werde in meinem Redebeitrag darauf zurückkommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Da kann man ja gespannt sein!)

Ihre Politik und insbesondere der Haushalt 2010 trägt die Überschrift: täuschen, tricksen und tarnen. – Sie haben auch heute wieder zu suggerieren versucht – der Kollege Weisbrich hat es gemacht –, dass die CDU in ihrer Regierungszeit unheimlich konsolidiert hätte

(Christian Möbius [CDU]: Ist doch so!)

und im Gegensatz zur Regierungszeit von SPD und Grünen alle Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung eingesetzt bzw. Steuermindereinnahmen entgegengesteuert hätte.

Ich werde Ihnen jetzt einige amtliche Zahlen vortragen, wie es tatsächlich ausgesehen hat und was Sie 2005 im Zweiten Nachtragshaushalt gemacht haben, der bekanntermaßen vor dem Verfassungsgericht gescheitert ist. Im Jahre 2005 hat diese glorreiche Regierung aus CDU und FDP eine Milliarde € für Kreditablösungen des BLB und der BVG eingefügt.

(Christian Möbius [CDU]: Das war ein Schattenhaushalt!)

Sie sagen heute dazu, Herr Weisbrich: völlig falsch. – Es war das Aufbauen von Kreditreserven und die Veränderung der Nettokreditaufnahme für das Folgejahr zulasten des Jahres 2005.

(Christian Möbius [CDU]: Das ist überhaupt nicht miteinander zu vergleichen!)

Des Weiteren – das verschweigen Sie auch immer – haben Sie 600 Millionen € den Kommunen kreditiert. Wenn Sie das nicht gemacht hätten, wäre die Nettokreditaufnahme im Jahre 2005 um 600 Millionen € niedriger als damals ausgefallen, während gleichzeitig die Nettokreditaufnahme im Jahre 2006 um 600 Millionen € höher geworden wäre. Wozu führte das? Sie haben die Bilanz zwischen 2005 und 2006 um 2,2 Milliarden € verändert.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Tatsächlich heißt das, dass Sie nicht um 3,6 Milliarden €, sondern tatsächlich nur um 1,2 Milliarden € konsolidiert haben. Insofern haben Sie bei steigenden Steuereinnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden € 1,04 Milliarden € nicht konsolidiert, sondern konsumiert.

Weil das vielleicht ein bisschen kompliziert war, werde ich das an den Folgejahren ein bisschen leichter ausführen. Im Jahre 2007 sind die Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 2006 um 3,5 Milliarden € angestiegen. Das ist leicht nachzulesen. Gleichzeitig ist die Nettokreditaufnahme nur um 1,4 Milliarden € gesunken. 2,1 Milliarden € sind offensichtlich in dem Jahr auf der Strecke geblieben.

Und 2008 zu 2007: Die Steuereinnahmen steigen um 1,6 Milliarden €; die Nettokreditaufnahme wird

nur um 700 Millionen € gesenkt. Dabei sind 900 Millionen € verloren gegangen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Im Jahr 2009 sind im Vergleich zu 2008 die Steuereinnahmen um 2,6 Milliarden € eingebrochen, aber die Nettokreditaufnahme ist um 4,9 Milliarden € angestiegen. Da sind schon wieder 2,3 Milliarden € verloren gegangen.

Sie brüsten sich sogar noch damit – auch im Entschließungsantrag –, dass 2008 sogar noch eine Milliarde € in die von Ihnen jetzt so kritisierte Rücklage für die WestLB eingeflossen sind.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Also sind es nicht nur 2,3 Milliarden €, sondern sogar 3,3 Milliarden €, die auf der Strecke geblieben wären.

(Christian Weisbrich [CDU] winkt ab.)

So viel zur Konsolidierungspolitik von CDU und FDP in den vergangenen fünf Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

– Es ist schwer zu ertragen, aber ich werde es Ihnen trotzdem vortragen, um deutlich zu machen, wie Sie die Schaubilder frisieren.

Im Jahre 2001 sind im Vergleich zum Jahr 2000 die Steuereinnahmen um 4,2 Milliarden € eingebrochen. Die Nettokreditaufnahme ist nur um 1,8 Milliarden € angestiegen. Also waren es 2,4 Milliarden € Konsolidierungsbeitrag in dem Jahr.

2002 zu 2001 gab es einen weiteren Einbruch der Steuereinnahmen um 1,9 Milliarden €. Tatsächlich ist die Nettokreditaufnahme nur um 600 Millionen € gestiegen. Sie wissen auch, wo das eingespart wurde, nämlich bei Lehrerinnen und bei anderen Stellen.

(Zuruf: Beim Weihnachtsgeld!)

– Beim Weihnachtsgeld im Jahr 2003 und bei den Besoldungen. Da haben Sie sich, Herr Rüttgers und Herr Wolf, auf die Straße gestellt, Protestdemonstrationen angeführt und gesagt: Das machen wir alles anders. Man darf nicht die Zukunft des Landes auf dem Rücken der Beschäftigten kaputtmachen.

Das haben Sie alles hier vorgetragen, um 2005 dann dem Ganzen die Krone aufzusetzen und eine weitere Besoldungskürzung hier im Land durchzusetzen. Das ist Ihre Politik. Das ist die Wahrheit. Das ist die Fata Morgana der Konsolidierung von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt einmal zu den größten Gefahren für diesen Landeshaushalt. Die sitzen nämlich nicht hier, sondern in Berlin. Das ist die Steuerpolitik von FDP und

CDU. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir hier rauf- und runtergenudelt: 800 Millionen € für das Land, 400 Millionen € für die Kommunen. Das sind schon einmal 1,2 Milliarden €, die Sie die Ausgangsbasis dieses Landes verschlechtern haben.

Wenn der abgemilderte Stufentarif, der jetzt noch im Koalitionsvertrag drinsteht, mit 24 Milliarden € Entlastung, also 17 Milliarden € zusätzlich, durchkommen würde, würde das Land noch einmal 1,7 Milliarden € verlieren – und zwar für gar nichts, keiner hat etwas davon auf der Straße, und ich werde Ihnen gleich noch erzählen, wer auch noch blutet –, plus 500 Millionen € Minus bei den Kommunen! Und Sie regen sich auf, dass wir die Kommunen im nächsten Jahr um 500 Millionen € entlasten wollen, um Geld in Bildung und soziale Vorbeugung zu setzen! Das ist die Differenz zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und Grünen und SPD auf der anderen Seite.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt haben wir wieder hier im Landtag gemeinsam vereinbart, dass der Bund mindestens 20 Milliarden € – ich sage es noch einmal: mindestens 20 Milliarden € – zusätzlich investieren soll, um die Kosten der Solidarbeiträge bei den Kommunen zu bezahlen, also die Hälfte dessen, was da aufkommt. Das heißt übersetzt: 20 Milliarden € muss der Bund dann auch zahlen. Das fällt ja nicht vom Himmel. Das sind 20 Milliarden €, die im Bundeshaushalt für diese Kosten vorgesehen werden müssen.

Aber was machen Sie tatsächlich? Sie machen eine weitere Absenkung bei den Kosten der Unterkunft. Sie sind nicht bereit, Entlastungsmaßnahmen auf Bundesebene vorzusehen, und machen eine weitere Steuersenkung im moderaten Bereich, aber es kostet das Land wieder 50 Millionen € jährlich. Sie machen nicht Ihre Hausaufgaben. Sie machen nicht Ihre Politik. Sie sagen im Lande Hü und im Bund Hott.

Noch eines zur ach so großen Konsolidierungspolitik im Bund: 25 % des Bundeshaushalts werden durch Kredite finanziert. Selbst in diesem Hauptkrisenjahr 2010 kommt das Land mit 15 % Kreditfinanzierung für den Haushalt aus. Da suggerieren Sie, CDU und FDP im Bund würden eine Superkonsolidierungspolitik machen. Das kann man doch langsam nicht mehr ernst nehmen.

Und dann: Der einzige Antrag, der in den Ausschussberatungen gelaufen ist, den die CDU gestellt hat, war zur BVG – Zuführung der liquiden Mittel in Richtung Landeshaushalt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Echtes Schaustück!
– Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Da mussten Sie sich haarklein im Ausschuss erklären lassen, dass die 100 Millionen €, die im Haushalt vorhanden sind, eben jene Mittel sind, die noch

liquide sind, also die der BVG jetzt zur Verfügung stehen und dem Haushalt zugeführt werden können.

Zwei Tage vor der Ausschusssitzung haben Sie im Haushaltskontrollausschuss noch vorgetragen, das sei alles kein Problem. Die Mittel bei der BVG seien gut geparkt; sie müssten dem Landeshaushalt gar nicht zugeführt werden.

Weil der Landesrechnungshof aber richtigerweise darauf hingewiesen hat, dass das mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nichts zu tun hat, haben Grüne und SPD und auch Linke gesagt: Nein, das ist nicht in Ordnung. Wir müssen die liquiden Mittel so schnell wie möglich dem Landeshaushalt zuführen, damit die dem Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stehen. – Da haben Sie noch gesagt „Das machen wir nicht“ und haben dagegen gestimmt.

Was machen Sie dann? Zwei Tage später legen Sie einen Antrag vor, in dem noch nicht einmal eine Summe steht, sondern nur die Bemerkung: Die Mittel aus dem Verkauf der LEG müssen dem Landeshaushalt zugeführt werden.

Dann mussten Sie sich vom Finanzminister vorrechnen lassen, dass der Amtsvorgänger diese Mittel aber angelegt hat bis auf die 100 Millionen €,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Schwarze Kasse!)

und wenn man die jetzt da herausholen würde, um sie dem Landeshaushalt zuzuführen, wäre das wirtschaftlich schädlich.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie erreichen gleich zwei Dinge mit diesem Vorgang. Erstens machen Sie sich lächerlich, weil Sie innerhalb von zwei Tagen einmal eben eine doppelte Pirouette in Ihrer Positionierung drehen. Da hat ja nicht einmal die FDP mitgezogen; Sie werden sich erinnern. Zweitens exkommunizieren Sie Ihren Finanzminister an einer Stelle, wo es geradezu lächerlich ist, und sagen ganz deutlich im Parlament: Dieser Finanzminister hat Schattenhaushalte betrieben und herumgetrickst, was das Zeug hält. – Sie müssen sich schon einmal entscheiden, was Sie da tun.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Jetzt noch eines: Wo wir uns wirklich fundamental unterscheiden, ist das Thema „Kommunal Finanzen“. Jetzt lese ich im Entschließungsantrag zur heutigen Sitzung, dass Sie der Auffassung sind, dass die 300 Millionen €, die im Nachtragshaushalt zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage zur Verfügung gestellt werden sollen, die im Übrigen auch Herr Ex-Finanzminister Linssen wenige Tage vor der Landtagswahl angekündigt hat, falsch investiert sind

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

und dass es den Kommunen so gut geht, dass sie noch ein Jahr warten und erst im nächsten Jahr von Konsolidierungshilfen profitieren sollten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wo leben Sie eigentlich? Jetzt haben Sie die dritte Pirouette in dem Zusammenhang gedreht. Nach der Landtagswahl haben Sie erst gesagt, die 300 Millionen € seien ein Tropfen auf den heißen Stein – Herr Engel hat es ja in Eurobeträgen pro Kopf vorgechnet – und deswegen ungeeignet. Jetzt sagen Sie: Die 300 Millionen € sind zu viel. – Sie müssen sich schon einmal entscheiden, welche Position Sie haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie drehen sich immer wieder wie ein Kreisel im Kreis herum und haben keine klare Linie.

Einen Punkt kann ich Ihnen auch nicht ersparen: Ihre Fata Morgana der Konsolidierung. Sie tun ja so, als ob Sie wer weiß was an Personalkonsolidierung gemacht hätten. Tatsächlich ist uns vorgerechnet worden: Es waren 0,8 % effektive Einsparung an Stellen.

Jetzt will ich hier gar nicht einer Stelleneinsparung das Wort reden. Aber ich will klarstellen, wo Wahrheit und Klarheit der Aussagen der CDU und der FDP sind. Tatsächlich hat Ministerin Höhn – wozu Herr Papke ja immer sagt, es seien Tausende von zusätzlichen Stellen im Umweltbereich geschaffen worden – allein in den Jahren 1995 bis 2000 8 % an Stellen eingespart. Ich kann Ihnen auch die Vorlagennummer noch dazu nennen: Vorlage 14/107, unterschrieben von Finanzminister Linssen. – So viel zum Vergleich in diesem Bereich!

Sie sollten sich schämen, sich heute noch hierhin zu stellen und so zu tun, als seien Sie die Konsolidierer dieses Landes. Tatsächlich sind Sie das größte Problem für den Landeshaushalt. Sie haben keine klare Linie. Sie nehmen jedes einzelne Argument, um zu täuschen und zu tricksen.

(Manfred Palmen [CDU]: Unverfrorenheit!)

Sie wollen überhaupt nicht an der Zukunft dieses Landes mitarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als letzten Punkt in der Sache will ich die Finanzierung des U3-Ausbaus ansprechen. Sie schreiben in Ihrem Entschließungsantrag allen Ernstes – Herr Kollege Weisbrich hat es eben auch noch einmal vorgetragen –, statt der rund 100.000 Plätze seien nur etwa 88.000 Plätze finanziert worden. Vielleicht hilft an dieser Stelle ein Blick in Ihren eigenen Haushalt. Das eine – nämlich die 150 Millionen €, die im Nachtragshaushalt zusätzlich bereitgestellt werden – sind Investitionsmittel, und das andere sind Betriebsmittel. Sie wollen jetzt ohne Zuflussvermerk diese Summen zusammenpacken.

In Wirklichkeit wollen Sie aber noch etwas ganz anderes. Sie wollen tatsächlich den U3-Ausbau in diesem Lande stoppen. Wieder wollen Sie einen Haushaltstrick – der keiner ist und der nicht funktioniert – verwenden, um genau dies politisch zu verhindern. Das halte ich für so was von rückwärtsgerichtet, dass mir fast nichts mehr dazu einfällt.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Rot und Grün haben einen Nachtragshaushalt vorgelegt, mit dem sie versuchen, Ihre Versprechen zu erfüllen und Vorsorge zu treffen, um dramatische Entwicklungen, die im nächsten Jahr anstehen, abzumildern.

Eines will ich Ihnen schon noch mit auf den Weg geben: Herr Kollege Weisbrich hat hier in einer Plenardebatte vorgetragen, dass die Garantieerklärung bei der NRW.BANK ein tatsächliches Problem für das Land ist. Hier sprechen wir über 2,5 Milliarden €, die durch nichts, durch keinen einzigen Cent, beim Land gegenfinanziert sind. Wenn die WestLB im nächsten Jahr verkauft wird und der Ertrag unterhalb von 3,4 Milliarden € liegen sollte – dazu will ich mich jetzt nicht weiter äußern –, bekommt das Land null. Das führt dazu, dass 2,5 Milliarden € unmittelbar der NRW.BANK zugeführt werden müssen.

Wenn man Ihre Politik durchdenken und konsequent zu Ende führen würde, ergibt sich: Wenn diese 2,5 Milliarden € im nächsten Jahr fällig würden und zusätzlich weitere Risiken bei der WestLB unmittelbar aufschlagen würden, verursachte das eine Neuverschuldung im zweistelligen Milliardenbereich. Ist das solide und zukunftsfähige Haushaltspolitik? Ich finde, nein!

Abschließend möchte ich Ihnen noch zu dem Entschließungsantrag etwas sagen. Frau Kollegin Freimuth, ich weiß nicht, ob Sie ihn vielleicht nicht ganz richtig gelesen haben. Was die BVG betrifft, befindet sich darin wieder eine Formulierung, die der Position im Ausschuss widerspricht.

Mit diesem Nachtragshaushalt wird mit der Politik von CDU und FDP in milder Form abgerechnet. Sie wollen heute durch Täuschen und Tricksen versuchen, das aufzuhalten. In Wahrheit hoffen alle CDU-Kommunalpolitikerinnen und -politiker – oder zumindest die große Mehrheit –, dass dieser Nachtrag endlich durchkommt,

(Beifall von der SPD und von Horst Becker [GRÜNE])

damit der U3-Ausbau weitergeht, damit 300 Millionen € in die kommunalen Kassen fließen und damit endlich eine andere Politik beginnt, die die Kassen der Kommunen ernsthaft berücksichtigt und die Kommunen als gleichberechtigten Partner in diesem Land aufnimmt. Alles das wollen Sie verhindern.

Sie wissen aber, dass Sie von Ihrer Basis getrieben werden. Insofern sind wir guten Mutes, dass wir eine breite Mehrheit für die Zustimmung in diesem Landtag bekommen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der nun zur zweiten Lesung vorliegende Nachtragshaushalt ist ein erneuter Nachweis für eine falsche Weichenstellung rot-grüner Haushalts- und Finanzpolitik. Begriffe wie „Sparen“, „Konsolidierung“ oder „Generationengerechtigkeit“ sind hoffentlich nicht unbekannt, aber zumindest in diesem Nachtragshaushalt ungeannt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja eure Bilanz! Deswegen kommen sie auch nicht vor!)

Meine Damen und Herren, wir sind vergleichsweise mit einem blauen Auge durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Blauäugig!)

deren Ausmaß uns neue Begrifflichkeiten lehrte und bei der wir vor einem Jahr noch nicht absehen konnten, wie aus dieser tiefen Vertrauenskrise wieder neuer Mut und neues Wachstum entstehen können.

Heute dürfen wir feststellen, dass wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung haben. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert in seinem aktuellen Gutachten ein Wachstum für Gesamtdeutschland von 3,7 %. Die Auswirkungen davon sind auch real. Steuereinnahmen und Steuereinnahmeerwartungen steigen deutlich an.

Die aktuelle November-Steuerschätzung lässt, auf NRW heruntergebrochen, mindestens 1,1 Milliarden € – der Kollege Weisbrich nannte gerade auch 1,5 Milliarden € – mehr Steuereinnahmen für das laufende Jahr 2010 erwarten. Herr Minister, ich habe immer gesagt, dass ich es niemandem ankreide, wenn Steuereinnahmenansätze im Zweifel eher zurückhaltend geschätzt werden. Es sind aber jedenfalls definitiv höhere Steuereinnahmen zu erwarten, als das noch nach der Mai-Steuerschätzung der Fall war.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die Neuverschuldung sinkt doch!)

Der Wirtschaftsminister dieses Landes hat am vergangenen Montag hier im Landtag die Konjunkturprognose des RWI vorgestellt. Die Wirtschaftsexperten prognostizieren für 2010 ein Wachstum von 3,5 % für Nordrhein-Westfalen, also leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Dass wir derzeit das Niveau von 2008 noch nicht erreicht haben, sollte uns zwar anspornen, unterstreicht aber gleichzeitig auch die Normalität konjunktureller Schwankungen. Genauso wenig wie Rekordwachstum Vergleichsmaßstab sein darf, darf es sicherlich auch eine Rezession sein.

Die Wirtschaftsexperten des RWI diagnostizieren außerdem einen stabilen Aufschwung mit steigenden Beschäftigten- und sinkenden Arbeitslosenzahlen. Minister Voigtsberger erläutert dazu, dass die Menschen jetzt einen spürbaren Anteil an dem Aufschwung erwarten. Auch wenn der Minister im Augenblick offensichtlich entschuldigt ist, möchte ich feststellen: Wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Gott sei Dank lässt sich das auch belegen. Es haben wieder mehr Menschen in unserem Land eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden können. Sie bringen ihre Fertigkeiten und ihre Kreativität, ihre Erfahrung und ihr Wissen in unsere Gesellschaft und unsere Prosperität mit ein. Waren im Jahr 2009 noch durchschnittlich 802.000 Menschen ohne Arbeit, sind heute „nur“ noch – mit Einschränkung; denn es sind immer noch zu viele – 727.000 Menschen auf der Suche nach einer Beschäftigung. Das ist eine Arbeitslosenquote von 8,1 %.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Wie viele Ein-Euro-Jobber haben Sie jetzt gerechnet?)

Diese Beschäftigungsquote hatten wir zuletzt vor neun Jahren.

Meine Damen und Herren, wir erfahren außerdem eine Stabilität des Preisniveaus. 2009 hatten wir mit 0,4 % die geringste Zunahme der Verbraucherpreise seit der Wiedervereinigung. Auch aktuell kann man von Preisniveau-Stabilität sprechen, auch wenn die anziehenden Energiepreise zuletzt für einen moderaten Anstieg auf 1,5 % – so jedenfalls ausweislich des Monatsberichts der Deutschen Bundesbank – gesorgt haben.

Die Stimmungsindikatoren des ifo Instituts und der GfK zeigen weiterhin hohe Werte an. Vor allem die stark ansteigenden Auslandsumsätze nordrhein-westfälischer Unternehmen werden sich erst in den nächsten Monaten voll in den Bilanzen der Unternehmen niederschlagen. Auch der Binnenkonsum erholt sich. Das schlägt sich unter anderem in der Zahl der Pkw-Zulassungen nieder. Sie steigt im dritten Quartal in Folge wieder an, verbunden mit einer Zunahme der industriellen Produktion um nicht weniger als 3,2 % alleine von September auf Oktober,

mit einem Schwerpunkt in der auch in Nordrhein-Westfalen stark vertretenen Automobilindustrie.

Es kann sicherlich alles noch viel besser sein. Das ist im Übrigen ja auch Motivation für Menschen, sich im Gemeinwohl einzubringen. Aber von einer nachhaltigen und ernsthaften Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wird hier und heute wohl kaum die Rede sein dürfen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was wissen Sie denn davon?)

Dennoch wollen Sie die Neuverschuldung auf 8,4 Milliarden € erhöhen. Sie wollen die Schuldenspirale damit um weitere 1,8 Milliarden € über die 6,6 Milliarden € hinaus drehen, die CDU und FDP noch in der tiefsten Rezession vorsehen mussten.

Kollege Börschel, wenn wir eine Nettokreditaufnahme bewusst niedrig angesetzt hätten, dann hätte ich – das sage ich Ihnen ganz offen – keine 6,6 Milliarden € angesetzt, weil ich finde: Jeder Euro, den wir zu viel an neuen Schulden aufnehmen, ist auch ein Euro zu viel zulasten nachfolgender Generationen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Nur zum Vergleich, weil hier schon mehrere Vergleiche gezogen wurden: Die alte Landesregierung musste 2009 bei einem Wachstum von minus 5 % – so man denn bei minus 5 % überhaupt von „Wachstum“ reden kann; korrekterweise müsste man „Schrumpfung“ sagen –, in Nordrhein-Westfalen sogar von minus 5,8 %, 5,6 Milliarden € neue Schulden aufnehmen. Mir tut davon jeder einzelne Euro nach wie vor weh.

Aber Sie wollen bei einem Wachstum von plus 3,7 % dieses Jahr 8,4 Milliarden € Schulden machen. Dazu kann ich nur sagen: mein Beileid! Dass es anders geht, demonstrieren uns die anderen Bundesländer und der Bund. CDU und FDP im Bund zum Beispiel senken die Neuverschuldung. Statt früher prognostizierter 80 Milliarden € wird der Bund voraussichtlich deutlich unter 50 Milliarden € aufnehmen müssen. Das sind über 40 % weniger.

Sie in unserem schönen Nordrhein-Westfalen treiben die Schulden um rund 1,8 Milliarden € in die Höhe. Wir sind der Meinung: Das geht so nicht.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Die Redezeitbegrenzung lässt es leider nicht zu, dass hier alle Details angeführt werden. Deswegen will ich nur einige wenige Gründe für unsere Ablehnung des vorgelegten Etatentwurfs kurz skizzieren.

Zwar gelten die Vorgaben der Schuldenbremse für dieses Jahr noch nicht, aber auch das alte Finanzverfassungsrecht setzt der Schuldenmacherei Grenzen. Diese bestehen darin, dass oberhalb der Kreditverfassungsgrenze für eine Schuldenaufnahme ganz besondere Begründungs- und Darlegungspflichten gelten. Mit dem Nachtrag wird die

Investitionssumme und damit diese Kreditverfassungsobergrenze um 4,5 Milliarden € überschritten.

Aus der Verfassung und der Landeshaushaltsordnung, die die Verfassung in diesem Zusammenhang weiter konkretisiert, ergibt sich, dass eine Überschreitung der Kreditobergrenze nur zur Abwehr und Abwendung einer ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig ist.

Kollege Mostofizadeh hat gerade schon ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zu dem damals von CDU und FDP im Jahr 2005 verabschiedeten Nachtragshaushalt angeführt. In diesem Urteil gibt es eine ganz wichtige Anmerkung. Die müssen wir uns, glaube ich, sehr nachhaltig vor Augen führen, nämlich dass die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes nur dann erklärt werden kann, wenn sie auch objektiv vorliegt und nicht, Herr Kollege Börschel, wenn das eine Landesregierung oder ein geschätzter finanzpolitischer Sprecher einer regierungstragenden Fraktion einfach mal so erklärt. Es kommt auf das objektive Vorliegen an.

Ich habe bereits ausgeführt, dass nach keinem Indikator hier eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festzustellen ist. Meine Damen und Herren, deswegen kann nach den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs diese auch nicht erklärt und zur Rechtfertigung herangezogen werden.

Im Weiteren ist mit der Neuverschuldung auch die Pflicht verbunden nachzuweisen, dass sich die mit dieser Neuverschuldung verbundenen Maßnahmen, die sich bei einem vorliegenden Nachtrag wesentlich einfacher in diesem Beziehungszusammenhang darstellen lassen als bei einem Gesamthaushaltswerk, zu einer Beseitigung oder Abmilderung der Störung eignen. Diese Maßnahmen sind dazu nicht geeignet. Ein Blick auf die wesentlichen Maßnahmen macht schnell deutlich, warum.

Fast 2 Milliarden € – also etwas mehr, als Sie neue Schulden aufnehmen wollen – führen Sie verschiedenen Rücklagen zu, 1,3 Milliarden € davon alleine für eine weitere Zuführung zu dem Sonderfonds zur Bedienung eventueller Zahlungsverpflichtungen aus der Risikoabsicherung für die ehemaligen Papiere der WestLB, die sich jetzt in der Ersten Abwicklungsanstalt befinden.

Konjunkturpolitisch gesehen ist die Zuführung von Kreditmitteln zu Rücklagen sinnlos. Es handelt sich lediglich um Umbuchungen. Im schlimmsten Fall sind die Auswirkungen sogar negativ, weil dem Wirtschaftskreislauf durch die Kreditmittel Mittel entzogen werden. Eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – wollen wir sie einfach einmal unterstellen – kann man damit auch nicht im Ansatz bekämpfen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Auch einer politischen Bewertung hält der Nachtrag nicht stand. Der vorherige Haushaltsgesetzgeber hat Ihnen 1,2 Milliarden € in den WestLB-Fonds eingestellt. Wie uns auch der Finanzminister in der Fragestunde vom 15. September bestätigt hat, reicht dieses Geld nach Angaben der Experten des Vermögensverwalters des Landes, PIMCO, nach allen denkbaren Szenarien noch mindestens bis zum Ende des Jahres 2011 aus. Deswegen ist es auch absolut nicht notwendig, die ausreichende Vorsorge mit diesem Nachtrag sozusagen auf den letzten Tages des Jahres 2010 noch einmal mehr als zu verdoppeln.

(Beifall von der FDP und von Hendrik Wüst [CDU])

Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würde dieses Manöver, wenn Sie es tatsächlich denn hier beschließen, 65 Millionen € Zinszahlungen kosten. Ich sage dazu ganz klar: Unverantwortliche Geldverschwendung oder eine ganz merkwürdige Art der Bankenunterstützung.

Auch ein Blick auf die anderen Maßnahmen, die Sie ergreifen, führt zu keiner anderen Bewertung. 375 Millionen € stellen Sie zurück für etwaige Belastungen aus einer verlorenen Klage gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz. Nur um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Bisher hat noch nicht eine einzige Kommune Klage gegen das Gesetz erhoben. In der Begründung des Nachtragshaushalts heißt es: „Dem Vernehmen nach beabsichtigt eine Reihe von Kommunen zu klagen.“

Meine Damen und Herren, eine Haushaltspolitik, die sich „dem Vernehmen nach“ orientiert, ist keine seriöse Haushaltspolitik und sollte auch unter Ihrem Niveau und Anspruch bleiben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Alle zwangsläufigen Mehrausgaben wie für die Wohngeldabrechnung, die Mehrkosten des Winterdienstes aufgrund des harten Winters oder die Schlussabrechnung des Impffonds könnten Sie aus den Steuermehreinnahmen finanzieren und trotzdem noch die Neuverschuldung für 2010 insgesamt senken.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre verantwortungsvoll und richtig. Leider ist das nicht zu hoffen. Vielmehr leisten Sie den haushaltspolitischen Offenbarungseid und belegen wieder einmal die These, dass nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik von einer linken SPD- oder SPD/Grünen-Landesregierung nicht zu erwarten ist.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben einmal gesagt, Ihre Politik des Schuldenmachens sei mutig. Das Gegenteil, Frau Ministerpräsidentin, ist der Fall. Es ist eben gerade kein Zeichen von Mut, sondern ein

Akt der Unverantwortlichkeit und Feigheit gegenüber nachfolgenden Generationen, so viele Schulden zu machen, wie das hier in der Vergangenheit und auch heute wieder geschehen soll.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihnen fehlt der Mut, den Menschen in diesem Land zu sagen, dass es mit einer Rundum-sorglos-Betreuung des Staates nicht funktionieren kann, und dass alle Ausgaben erst einmal an anderer Stelle erwirtschaftet werden müssen. Es bleibt nämlich richtig: Erwirtschaften vor verteilen. Wer das infrage stellt, der unterschreibt wahrscheinlich auch den Satz: Die Erde ist eine Scheibe.

Den Preis für Ihr simpel gestricktes Manöver zur Finanzierung von Wahlgeschenken und des „himmlischen Jahrmarktes“ zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und in besonderer Weise die nachfolgenden Generationen, die einen noch geringeren haushaltspolitischen Spielraum vorfinden werden, als wir ihn ohnehin heute schon zu beklagen haben.

Wir sind davon überzeugt, dass jede Generation die gleichen Möglichkeiten und Chancen verdient hat, die Probleme ihrer Zeit zu lösen. Ihre Politik, die den Gegenwartskonsum zulasten der Zukunft in den Mittelpunkt stellt, ist daher im hohen Maße unsozial. Der Nachtragshaushalt ist politisch unverantwortlich und zudem verfassungswidrig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben als Linke immer deutlich gemacht, dass wir nicht nur einen Regierungs-, sondern auch einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen wollen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit durch nachhaltige Zukunftsinvestitionen. Wie Gewerkschaften und viele außerparlamentarische Initiativen wollen wir die Spielräume für einen sozial-ökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen erweitern.

Deshalb haben wir – übrigens als einzige Fraktion im Gegensatz zu allen anderen – auch zehn Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt. Die CDU hat ja nur einen einzigen eingebracht und die anderen gar keinen.

(Zuruf von der CDU: Qualität vor Quantität! – Martin Börschel [SPD]: Der war so schlecht, da war sogar die FDP dagegen!)

Wir haben deutlich gemacht: Wir wollen diesen Politikwechsel. Wenn das hier von CDU und FDP so dargestellt wird, als hätten Sie hier eine Haushalts-

konsolidierungspolitik gemacht, eine vernünftige Finanzpolitik, dann muss ich Sie an Ihre Bilanz der letzten fünf Jahre seit 2005 erinnern. Sie sind hier mit 106,8 Milliarden € Schulden des Landes angefangen und sind bei 130 Milliarden € gelandet. Das sind über 22 Milliarden mehr Schulden.

(Zuruf von der CDU)

Das ist Haushaltskonsolidierungspolitik à la CDU und FDP.

Auch wenn Sie hier auf die Bilanz am Arbeitsmarkt verweisen, kann ich Ihnen nur sagen: Schauen Sie sich das einmal an! Das sind zum größten Teil Ein-Euro-Jobs, das sind Leiharbeiter, das sind befristete Arbeitsplätze mit Lohndumping. Das ist auch ein Teil Ihrer Bilanz der letzten fünf Jahre.

(Beifall von der LINKEN)

Durch den vorliegenden Nachtragshaushalt und die Ergänzungsvorlage werden allererste, wenn auch kleine Schritte in Richtung eines sozialökologischen Politikwechsels sichtbar. Dies gilt insbesondere für die erste Soforthilfe für die Kommunen von 300 Millionen €, Nachbesserungen zur Unterstützung der Kindertagesstätten von insgesamt 520 Millionen € und neue Stellen im Schul- und Umweltbereich.

Dass die Minderheitsregierung hier zumindest einige Weichen in die richtige Richtung stellt, haben wir als Linke begrüßt und sagen aber auch deutlich: Links wirkt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke steht auch für ein Bildungskonzept, in dem die Bildung nicht weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Deswegen sagen wir sehr deutlich und haben das auch in Anträgen gefordert: Wir wollen die Abschaffung der Studiengebühren schon zum Sommersemester 2011.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen, dass den Versprechungen, die hier im Wahlkampf von SPD und Grünen gemacht worden sind, auch konkrete Taten folgen. Wir wollen, dass diese Studiengebühren nicht erst im Wintersemester 2011/2012 abgeschafft werden.

Insgesamt – und das muss man leider auch konstatieren – handelt es sich bei der von SPD und Grünen angekündigten Abschlussbilanz der Rüttgers-Regierung um eine unvollständige Abrechnung. Die Nachbesserung zur Unterstützung der Kindertagesstätten im U3-Bereich ist nicht zuletzt aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichtshofs in Münster zustande gekommen. Wir haben das Urteil ausdrücklich begrüßt, haben uns aber auch dafür eingesetzt, dass das im Haushaltsplan des Landes aufgenommen wird. Es ist ja auch so geschehen.

Die Linke steht zudem zu ihrer Forderung nach einem Schutzschirm für die Kommunen statt nur für die Banken. Im Nachtragshaushalt werden

1,3 Milliarden € für die WestLB AG erneut vorgesehen, für das Sondervermögen Risikoabschirmung. Für das WestLB-Desaster sind in allererster Linie CDU und FDP verantwortlich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach du großer Gott!)

Das wollen Sie nicht hören, aber es entspricht den Tatsachen. Die Linke steht nach wie vor zu einem starken, gemeinwohlorientierten öffentlichen Bankensektor. Dazu gehören sowohl Landesbanken als auch Sparkassen. Deshalb wehren wir uns nach wie vor gegen die Bestrebungen der europäischen Kommission, die WestLB so schnell wie möglich zu privatisieren. Das ist aus unserer Sicht ein Einfallstor zur Privatisierung der Sparkassen, der wir unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen

(Beifall von der LINKEN)

Wir brauchen endlich eine öffentliche Debatte um die Zukunft der WestLB und fordern die Landesregierung auf, eine solche zu initiieren. Die Zukunft der WestLB darf nicht allein in Brüssel und Düsseldorf entschieden werden. Deshalb wollen wir die 1,3 Milliarden € für die WestLB im Nachtragshaushalt kürzen und 300 Millionen € umverteilen. Wir wollen, dass nicht nur Geld an die Bank fließt, sondern auch an die Kommunen. Denn denen steht das Wasser höher als nur bis zum Hals.

Zudem fordern wir weiterhin für die WestLB mehr Transparenz, demokratische Kontrolle, ein neues Geschäftsmodell, keine weitere Beteiligung an Risiko- und Spekulationsgeschäften, keine Millionen-Boni für Banker und Bankerinnen sowie eine Haftung der verantwortlichen Vorstände. All das ist bisher leider noch nicht passiert.

Die Linke lehnt den von der WestLB, ihren Eigentümern und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung bestellten Veräußerungsbevollmächtigten Friedrich Merz ab. „Mehr Kapitalismus wagen“ ist definitiv nicht die Lehre, die wir aus der Krise ziehen. Mich würde aber auch interessieren, was die CDU dazu sagt, dass Herr Merz jetzt die WestLB an die – wie Sie sie immer nennen – „Kommunisten aus China“ verkaufen will. Was sagen Sie von der CDU eigentlich dazu?

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist enorm. Wir wollen keine Schuldenpolitik, um Steuergeschenke für die Reichen zu finanzieren. Kommunen und Länder müssen aber handlungsfähig bleiben. Gerade jetzt brauchen wir mehr Investitionen in soziale und öffentliche Infrastruktur sowie einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung.

Die Linke steht auch für eine neue Steuerpolitik. Dazu sind von uns seit Langem eingeforderte Bundesratsinitiativen – zum Beispiel zur Einführung der Vermögenssteuer in Form der Millionärssteuer sowie zur Hebung des Spitzensteuersatzes für die Einkommenssteuer – notwendig. All das fehlt bis-

her. Die Ministerpräsidentin hat – als ich das schon bei der Einbringung des Haushalts gefordert habe – noch einmal deutlich abgelehnt. Hier erwarten wir weitere Initiativen und werden als Linke weiterhin Druck machen.

Zudem sollte NRW allen Versuchen Widerstand leisten, die Finanzierung der Kommunen weiter zu untergraben. Deswegen sagen wir Nein zur Abschaffung der Gewerbesteuer und Ja zu ihrer Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzsteuer.

Die Landesregierung muss zudem zusätzliche Finanz- und Steuerprüfer und -prüferinnen einstellen. Wir begrüßen, dass es vor allem durch unsere Initiative gelungen ist, dass sich die Landesregierung in dieser Frage sehr schnell bewegt und wir kurzfristig 300 neue Stellen schaffen, davon 200 für die Außenprüfung und 100 für die Ausbildung.

SPD und Grüne haben ansonsten vieles angekündigt, aber bisher wenig umgesetzt. Die Bilanz von 150 Tagen Landesregierung Kraft ist mehr als mager.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU] – Hans-Willi Körfges [SPD] [an Christian Weisbrich gewandt]: Erwischt!)

Ein neues und erweitertes Personalvertretungsgesetz, wie von Gewerkschaftsseite schon seit langem gefordert, lässt ebenso auf sich warten wie ein neues Vergabegesetz, welches mehr Transparenz ermöglicht und tarifliche Regeln beinhaltet.

SPD und Grüne unternehmen bisher nur hauchzarte Korrekturen an der neoliberalen Kahlschlagpolitik von CDU und FDP in den vergangenen fünf Jahren.

Wir haben uns als Linke sehr intensiv mit dem Nachtragshaushalt beschäftigt und konkrete Anträge gestellt. Als haben auch als Partei sehr deutlich festgestellt, dass wir sämtliche Vorschläge, wenn sie denn kommen, zur Privatisierung, zum Personal- oder Sozialabbau ablehnen. Diese rote Haltelinie sehen wir im Nachtragshaushalt nicht verletzt.

Aber wir sagen auch sehr deutlich: Das, was an Nachbesserungen gemacht und als Schlussbilanz der schwarz-gelben Landesregierung verkauft wird, ist unzureichend. Deswegen haben wir schon von Anfang an gesagt: So ist dieser Nachtragshaushalt nicht zustimmungsfähig.

Wir werden morgen noch einmal drei Anträge stellen und Ihnen allen hier im Saal eine letzte Chance geben, diesen Anträgen zuzustimmen. Ansonsten werden wir uns enthalten.

Abschließend kann ich nur sagen: Je stärker die Linke, desto sozialer das Land. Wir bleiben original sozial, auch nach der Wahl! – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagemel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Damen und Herren von CDU und FDP, wie hart muss eigentlich Ihr Aufprall in der Realität gewesen sein, wenn Sie nach der Klatsche bei der Landtagswahl nicht zu dem Punkt kommen, über Ihre eigenen Fehler nachzudenken,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

wenn man nicht in der Lage ist, die Zahlen zu überprüfen, mit denen man selbst über Jahre hinweg und in die nächsten Jahre hinein Kosmetik am Haushalt betrieben hat, sondern man deshalb offenbar ein Problem mit der parlamentarischen Demokratie bekommt und sagt: Da wir das nicht im Landtag schaffen, müssen wir mit dem Gericht drohen, klagen und prozessieren.

(Hendrik Wüst [CDU]: Sie verstoßen gegen die Verfassung!)

Man müsste eigentlich ein bisschen gelernt haben. Es gibt noch die Chance, heute oder morgen etwas dazulernen.

Was machen Sie stattdessen? – Selbstverherrlichung auf der einen Seite! Kein Wort darüber, wie es gelungen ist, in den Jahren 2007 und 2008 die Nettokreditaufnahme auf einen so wunderschönen Wert von 1,1 Milliarden € herunterzufahren. Das ist überhaupt keine Frage.

Kein Wort darüber, dass es im Jahre 2008 Steuereinnahmen in einer Größenordnung von 42,1 Milliarden € gab. Jetzt, nachdem die letzte Steuerschätzung im Mai 36,6 Milliarden € angekündigt hatte und wir möglicherweise von 37,7 € ausgehen, reden Sie von „sprudelnden Steuerquellen“, die von dieser Regierung nicht angemessen verwendet werden.

(Widerspruch von Christian Weisbrich [CDU])

– Dann sind wir immer noch 4 Milliarden € unter den 42,1 Milliarden €.

Sie machen auch falsche Angaben zur mittelfristigen Finanzplanung meines Vorgängers. Die sah nämlich stabil bis 2013 6,5 Milliarden € neue Schulden vor. Darin waren die Steuermindereinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung noch nicht berücksichtigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Alleine für das Jahr 2010 hätten nämlich schon 230 Millionen € obendrauf kommen müssen, im nächsten Jahr 1,1 Milliarden €, im übernächsten 1,6 Milliarden €. Diese Zahlen kann ich Ihnen vorlegen. Das ist überhaupt keine Frage. Sie tun so, als ob die Mai-Steuerschätzung schon drin gewesen wäre und die neuen Steuerschätzungen obendrauf

kommen würden. Sie sagen, das seien sprudelnde Steuereinnahmen. Dabei diskreditieren Sie vorsorgende Sozialpolitik. Das sei eine Kuh, die im Himmel gezüchtet werde. Aber wenn heute einer bei 1 Milliarde € mehr schon wieder nach Steuersenkungen ruft, ist das offenbar eine Kuh, die in jedem Stall Platz hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie hören nicht auf, weiter zu täuschen über die Verschiebungen auf andere, vor allen Dingen auf die Kommunen. Nur damit haben Sie ein Stück dieser noch nicht einmal gelungenen Konsolidierung bewirkt. Auf diese Art können wir nicht diskutieren.

Dass Sie da von einem Fehler in den anderen, ich würde fast sagen: von einer Peinlichkeit in die andere rutschen, das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss nicht nur einmal erlebt. Ich will nur ein paar Punkte aufführen, die zeigen, wie Sie Millionen produzieren, wie Sie Millionen aus dem Hut zaubern, die es gar nicht gibt.

Weil Sie nämlich diese 230 Millionen € Steuereinnahmen, die im Mai weniger prognostiziert wurden, überhaupt noch nicht realisiert hatten, haben Sie am 8. November in diesem Haus in einer Aktuellen Stunde von 700 Millionen € zusätzlichen Steuereinnahmen geredet, von denen der Finanzminister nur 500 Millionen € zur Senkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt habe. Die 700 Millionen € gab es nicht. Sie hatten die 200 Millionen Steuermindereinnahmen nicht berücksichtigt.

Damit nicht genug: Am 24. November gibt Herr Weisbrich eine Pressekonferenz. Er verteilt seinen Sprechzettel, in dem er dem Finanzminister Bilanzfälschung vorwirft – nachdem er sich über einen ähnlichen Begriff vonseiten der Landesregierung, der Ministerpräsidentin mal unglaublich aufgeregt hatte. Jetzt heißt es auf einmal, 100 Millionen € nicht gezahlte Länderfinanzausgleichsmittel seien irgendwo in den Haushalt geflossen. Was er nicht mehr wusste, war, dass noch Herr Linssen als Schlussabrechnung für 2009 diese 100 Millionen € überwiesen hatte.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das war der zweite von drei Punkten, zu denen man wirkliche Daten nennen kann.

Den dritten gab es vorige Woche im Haushalts- und Finanzausschuss. Da hieß es – weil man nicht ganz genau wusste, wie man es berechnen soll –, dass noch mindestens 200 Millionen € von der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft an liquiden Mitteln in den Haushalt eingestellt werden sollen. Dann stellte sich heraus – das konnte ich richtigstellen; Herr Mostofizadeh hat es gesagt –: Diese 200 Millionen € sind von meinem Vorgänger bis zum Jahr 2011 festgelegt. Sie sind nicht liquide.

(Christian Weisbrich [CDU]: Bis zum 16. Januar!)

Auf diese Art haben Sie es geschafft, eine halbe Milliarde aus dem Hut zu zaubern, die es überhaupt nicht gab. Und auf diese Art rechnen Sie sich Ihren Haushalt noch immer schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen mal etwas sagen: Damit können Sie nebenan im Apollo-Varieté eine hervorragende Nummer abgeben,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

aber in diesem Haus funktioniert das nicht.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Palmen: Wenn ich diesem Hohen Haus einen Haushaltsentwurf vorlege, dann – seien Sie gewiss – mache ich das in der Überzeugung, dass dieser Haushalt verfassungskonform ist. Ich lasse mir nicht sagen, dass ich mutwillig und vorsätzlich die Verfassung breche. Das ist eine Frechheit. Das mag Ihre Auffassung sein. Die können Sie auch gerne überprüfen lassen. Tatsache ist nur: Ich selber habe einen Haushalt vorgelegt, der nach meinem besten Wissen und Gewissen unserer Verfassung standhält.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe großen Respekt – das will ich hier unterstreichen – vor der Verfassung und den Verfassungsvätern in diesem Land. Ich habe ebenso großen Respekt vor dem Verfassungsgerichtshof in diesem Land. Aber ich bitte, ein paar Dinge nicht zu vergessen. Wir haben seit 2008 eine Wirtschaftskrise, die diese Verfassung in den 64 Jahren, in denen wir sie jetzt haben, nicht gesehen hat. Und die Krise ist nicht vorbei. Wer etwas anderes behauptet, der liest offenbar keine Zeitungen, der beschäftigt sich nicht mit der Euro-Krise, der beschäftigt sich nicht mit Irland, mit Spanien, mit Italien, mit Portugal, mit Griechenland.

Und rechnen kann derjenige offenbar auch nicht. Denn – die Rechnung ist wunderschön – hier wird auf einmal wieder von einer wunderbaren Konjunkturentwicklung gesprochen, 2,9 % Plus beim Wachstum. Das ist eine Zahl, die ich sehr gut finde, die mich sehr freut. Noch vor einem Jahr hätten wir nicht damit gerechnet. Aber sie folgt einem Jahr, in dem die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen um 5,8 % geschrumpft war. Wer da die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für überwunden hält, der sollte sich noch einmal deutlich machen, dass das, was 50 % gesunken ist, 100 % steigen muss, um überhaupt wieder an den Punkt zu kommen, wo es ursprünglich einmal gewesen ist. Das ist bei kleineren Prozentzahlen nicht ganz so schlimm. Aber eines stimmt: Wer 2,9 % wächst, nachdem er 5,8 % geschrumpft ist, ist lange noch nicht da, wo er ursprünglich war, als die Krise begann.

Ich kann und will die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, wenn Sie ihn denn anrufen, nicht vorwegnehmen. Das ist nicht meine Angelegenheit. Ich weiß aber eines – das ist auch in den Anhörungen deutlich geworden –: Anders als Sie entscheiden die Richter nicht darüber, was sie für politisch richtig oder falsch halten, sondern sie entscheiden darüber, ob es verfassungsrechtlich vertretbar ist oder nicht.

(Christian Möbius [CDU]: Eben!)

Einen Grund, warum ich der festen Überzeugung bin, dass das verfassungsrechtlich vertretbar ist, habe ich genannt: Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist nach den Daten, die wir jetzt haben, nicht überwunden.

Der zweite Grund sind die nie dagewesenen Folgekosten: zum Teil aus der Krise, aber ebenso aus Fehlentscheidungen, vor allen Dingen aus Fehlspekulationen und auch – darüber kann man auch streiten – aus den aktuellen Auflagen der Europäischen Kommission zur WestLB. Auch das hat die Verfassung so noch nicht gekannt. Hier sind ja schon Zahlen genannt worden. Wir sind in der Ersten Abwicklungsanstalt alleine von der Landesseite 3,8 Milliarden € an Garantien für den Phoenix-Fonds eingegangen. Jetzt sagen wir: Mit mindestens 2,5 Milliarden € sollten und müssen wir rechnen nach dem, was uns prognostiziert wird.

Ich kann nur noch einmal sagen: Dieses Sondervermögen, dieser Fonds, in den wir einzahlen wollen, ist keine rot-grüne Erfindung, er ist eine schwarz-gelbe. Er war auch eine richtige Erfindung. Der Fonds ist mit etwa 1,1 Milliarden € ausgestattet worden. In dem Jahr, in dem das Sondervermögen entstanden ist, hat es nicht etwa ein Plus im Haushalt gegeben.

Heute von Haushaltsüberschüssen zu reden, das ist doch schon wieder Kosmetik. Es gab zu dieser Zeit doch eindeutig eine Nettokreditaufnahme.

In diesem Bereich haben wir 3,8 Milliarden €; Herr Mostofzadeh hat die 2,5 Milliarden € angesprochen, die uns an Wertgarantie zusammen mit einem möglichen Verkauf der WestLB blühen, und da sind ein paar andere Zahlen noch gar nicht drin.

(Christian Weisbrich [CDU]: Warum haben Sie die denn nicht veranschlagt?)

Bis jetzt ist kaum darüber gesprochen worden, was mit all den Doppelverträgeln ist, die in der WestLB beschäftigt sind und die im Zweifel anschließend auf das Land oder die NRW.BANK zukommen.

Ich will Ihnen sagen: Wir hätten Grund genug, deutlich höhere Werte in eine Vorsorge zu nehmen, wenn es nicht auch Gründe gäbe, die dagegen sprechen. Die liegen nämlich darin, dass man über bestimmte Werte nicht reden darf, weil damit Vermutungen über mögliche Verkaufspreise in die Welt gesetzt würden.

Ich kann nur sagen, dass man aufgrund dieser Größenordnungen und den drohenden Folgekosten, mit denen wir es hier zu tun haben, die Diskussion über die wirkliche Substanz der Landespolitik – kostenlose warme Mahlzeiten für Kinder, Fragen von Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit und Umwelt, Integration, Gesundheit und Bildung – als batteriestrombetrieben betrachten kann. Und daran wird mit der WestLB und ihren Folgen ein abisoliertes Starkstromkabel gehalten. Es gilt, genau das zu verhindern, dass nämlich die Platine, auf der die wichtigen Positionen der Landespolitik verlötet sind, zusammenschmilzt, weil uns ein Blitz trifft, der nicht – wie Sie es eben umschrieben haben – entstanden ist, weil man sich heute die Mittel zur Seite legen will, um später ein Auto zu kaufen. Es geht nicht um eine Rücklage für etwas, was wir uns demnächst gern einmal leisten würden. Vielmehr geht es um eine Rücklage für etwas, was sich die Spekulanten schon lange geleistet haben, was aber nur noch nicht bei uns angekommen ist.

Und weil es uns zu einem nicht zu bestimmendem Augenblick treffen kann – möglicherweise noch im Jahr 2010, womöglich zu einem Großteil im Jahr 2011 –,

(Zuruf von der CDU)

müssen wir im Rahmen dieser mittelfristigen Finanzplanung vorsorgen. Denn sonst können wir unseren Haushalt künftig nicht mehr geordnet abwickeln und vor allen Dingen auch die von Ihnen angesprochenen Ziele bei der Schuldenbremse bis 2020 überhaupt nicht darstellen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus diesem Grund widerspricht die Rücklage auch nicht dem Wirtschaftlichkeitsgebot, wie es in früheren Fällen vom Verfassungsgerichtshof festgestellt worden ist; denn es ist eine Rücklage, die – übrigens in einer Phase niedrigster Zinsen – dafür sorgt, dass wir anschließend einen geordneten Haushalt vollziehen können. Das ist der Grund, warum es wirtschaftlicher ist, jetzt eine Rücklage zu bilden, statt später immer von Fall zu Fall zu den dann geltenden Zinsen die Lücken füllen zu müssen, und dem nicht in der Geschwindigkeit nachkommen zu können, mit der die Probleme auf uns zukommen.

Sie reden von einer Rekordverschuldung

(Christian Weisbrich [CDU]: Ja!)

und ignorieren beharrlich, dass dieser Zuwachs von 1,8 Milliarden € gegenüber den ohnehin schon zu niedrig gegriffenen 6,6 Milliarden € eben nicht die Erfüllung eigener Wünsche ausmacht. Ich will hier nicht noch einmal die Positionen aufzählen, die ich selbst schon bei der Einbringung aufgezählt habe und die wir mit der Ergänzungsvorlage aufgezählt haben und die eben auch von den anderen Rednern hier angeführt worden sind.

Tatsache ist nur: Wer sich hierhin stellt, Prozentrechnung betreibt und darüber redet, ob wir 30 % über den früheren Werten liegen, oder ob es 28 % oder 26 % sind, der will doch den Zuhörerinnen und Zuhörern in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck vermitteln, als sei hier eine Regierung angetreten, die jetzt auf einmal alle Haltelinien kappt, um sich ihre Wünsche zu erfüllen.

(Zuruf von der CDU: So ist es doch auch! – Weitere Zurufe von der CDU – Christian Weisbrich [CDU] hält ein Blatt Papier hoch.)

– Ja, mit diesen Zahlen können wir wunderbar arbeiten.

Sie wissen ganz genau, dass in diesem Haushalt überhaupt keine Positionen aufgeführt sind, die nicht entweder der Vorsorge dienen oder die das ausgleichen müssen, was Sie vorher auf andere verschoben haben und über Gerichtsurteile wieder auf uns zurückgefallen ist. Das sind die Punkte, mit denen wir jetzt zu tun haben.

(Zuruf von der CDU)

Besonders schön finde ich es auch, wenn Sie mir das große Vorbild „Bundeshaushalt“ vorrechnen. Das ist immer wunderbar: Dort ist es gelungen, die Verschuldung von 80 Milliarden € auf knapp 50 Milliarden € zu senken. Die Rekordverschuldung von 8,4 Milliarden €, die Sie mir in die Schuhe schieben wollen,

(Christian Möbius [CDU]: Nicht „wollen“!)

beträgt 15 % des Haushaltsvolumens Nordrhein-Westfalens. Die 80 Milliarden € von Herrn Schäuble im Jahr 2010 machen 25 % des Haushaltsvolumens des Bundes aus.

(Manfred Palmen [CDU]: Beim Bund ist das ein bisschen anders!)

Und jetzt schafft es der Bund – mit Kürzungen bei den sozial Schwächsten sowie mit Einnahmesteigerungen, die am Ende zu Einnahmeausfällen der Länder führen werden –, auf geringere Werte zu kommen, also auf unter 50 Milliarden €. Und die liegen immer noch deutlich über unseren 15 %, während wir natürlich auch im nächsten Jahr die Verschuldung zurückführen werden. – Das ist also eine wissentlich verlogene Darstellung über das, was im Bund passiert.

Es ist ja gut, wenn dort Verschuldungen heruntergeführt werden. Ich bin übrigens einer Meinung mit Herrn Schäuble, dass auch 15 % eine Zahl ist, von der wir herunterkommen müssen. Nur: Etwas, das explodiert ist und sich jetzt halbwegs wieder einpendelt, als Vorbild für das Land Nordrhein-Westfalen darzustellen, ist wirklich etwas, womit Sie versuchen können, sonst jemanden zu überzeugen oder zu belügen. Es geht jedenfalls nicht an, dass Sie uns erzählen, das sei ein Vorbild für die Haushaltsführung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Reden Sie doch mal mit den anderen Bundesländern!)

Wenn wir die übernehmen würden, hätten wir in der Tat ein paar Spielräume für Dinge, die man machen könnte, die wir aber nicht machen wollen.

Das gilt im Übrigen ganz genauso für die immer wieder unterschwellig transportierte Unterstellung, es gehe um die Tolerierung durch Die Linke. Dieser Nachtragshaushalt liegt mit diesen Eckwerten schon von Anfang an vor. Und er enthält weder Zugeständnisse an Die Linke, noch an die eigene Politik, weil die Pläne der Koalition – dies ist ganz deutlich gemacht worden – Gegenstand der Haushaltsverhandlungen des Jahres 2011 sind.

Noch ein Punkt: Ich habe eben darüber gesprochen, was Ihnen offenbar bei der Darstellung der eigenen Zahlen immer wieder entglitten ist. Wer jetzt behauptet, da würde Winterspeck angefuttert, der sollte vielleicht einfach noch mal nachsehen, was denn überhaupt der Gegenstand des Gesetzes war, mit dem Sie selbst das Sondervermögen für die Risikoabschirmung der WestLB eingeführt haben.

Es ist gesetzlich festgelegt, dass die Mittel, die in das Sondervermögen eingestellt werden, nur dem Zweck der Bezahlung von Garantieleistungen zu dienen haben. Wenn Sie aus diesem Sondervermögen Geld herausholen und für irgendetwas anderes einsetzen wollen, das nicht Garantieleistung ist, dann müssen Sie ein neues Gesetz machen.

Das, was möglicherweise den Menschen auf der Zuschauertribüne mitgeteilt werden soll: „Da haben die sich was geschaffen, und eines Tages merken wir nicht, wie die das hintenherum aushöhlen und dafür irgendwelche Wohltaten verkünden und bezahlen“, geht gar nicht. Dafür müsste ein Gesetz geschaffen werden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich wünsche mir mit Ihnen, dass Garantieziehungen in einem geringeren Ausmaß anfallen, als sie uns von unseren Spezialisten, und zwar nicht von denen der Landesregierung, sondern von denen mit Sitz in London und in anderen Finanzzentren Europas, vorgerechnet werden. Ich wünsche mir, dass sie unterschritten werden. Ich hoffe es. Das Einzige, was ich weder uns noch Ihnen versprechen kann, ist, dass es nicht andere Garantieleistungen, Ausfälle in einem weit größeren Ausmaß geben wird, die diesen Haushalt belasten. Wir sind weit davon entfernt, mit Winterspeck irgendwelche Wunschvorhaben zu bedienen.

Aus diesem Grunde kann ich nur darum bitten, sich in den nächsten zwei Tagen, in denen wir uns mit dem Haushalt beschäftigen, noch einmal darauf zu besinnen, ob wir nicht an dieser Stelle einen gemeinsamen Ausgangspunkt dafür schaffen können,

uns anschließend über das, was ich eben die „Batteriestromplatine“ genannt habe, nämlich die wirklich wichtigen Themen der Landespolitik, zu streiten und damit auf einen Haushalt 2011 zuzugehen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Aber man sollte die Korrektur, die im Jahre 2010 nötig ist, jetzt nicht verreißen und damit das Risiko eingehen, dass damit noch viel mehr einstürzt. Denn wenn das, was wir jetzt planen, nämlich die richtige Ausstattung des Risikofonds, scheitern sollte – ich bin davon überzeugt, dass es das nicht tut –, dann wäre damit auch der erste Teil, der von Herrn Linsen und von Schwarz-Gelb eingeführt wurde, gescheitert.

Ich kann Ihnen gerne vorrechnen, dass wir dann noch einmal 1,1 Milliarden € Schulden senken. Das Gleiche gilt im Übrigen – das sagen auch die Rechtssachverständigen – für das, was wir für Pensionen zurückgestellt haben. Auch da können wir noch einmal 3 Milliarden € senken. Wir können, wenn wir wollen, die Kosmetik, die Sie betrieben haben, noch stärker betreiben, das Make-up noch ein Stück dicker auftragen. Den Menschen im Land könnten wir dann vorgaukeln, wie toll der Haushalt ist.

Für diejenigen allerdings, die in einigen Jahren mit dem Haushalt zu tun haben, käme es dann aber ganz dicke, weil die alles reparieren müssten, was wir heute nicht auf die Beine gestellt hätten.

Deshalb ist meine herzliche Bitte: Stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu. Er ist die richtige Ausgangsbasis dafür, in den nächsten Jahren in einer parlamentarischen Demokratie über den Haushalt und die Politikansätze zu streiten, um die es in einem Landesparlament gehen sollte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf den Besuchertribünen! Lassen Sie mich, bevor ich etwas zu dem Gemeindefinanzierungsgesetz sage, kurz zu dem Beitrag von Herrn Mostofizadeh und dem Thema „Wahrheit und Klarheit“ Stellung nehmen.

In einer „dpa“-Meldung vom 14. Dezember 2010 unter der Überschrift „SPD: Linke noch nicht regierungsfähig“ bestreitet der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer die offensichtlichen Zugeständnisse von Rot-Grün an die Linken, um den Nachtragshaushalt zustimmungsfähig zu machen. Er begründet dies mit den Worten: „Wir stimmen uns

nicht ab, wir reden miteinander.“ – Worüber reden sie denn, die SPD und die Linken,

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Über das Wetter!)

wenn sie sich inhaltlich nicht abstimmen? – Über das Wetter? Über die Bedeutung des real existierenden Sozialismus? Über die Frage, ob beim Gemeindewirtschaftsrecht der Satz Lenins „Sozialismus plus Elektrizität ist Kommunismus“ Bedeutung hat? Oder über die Teilnahme der Linken an der SPD-Weihnachtsfeier? Meine Damen und Herren, die Frau Kollegin Demirel, Partei Die Linke,

(Zuruf von der SPD)

hat es doch im kommunalpolitischen Ausschuss am vergangenen Freitag freiheraus zugegeben: Ja, es hat Absprachen zwischen den Regierungsfractionen und den Linken gegeben.

(Zuruf von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Also, Herr Finanzminister, Herr Kollege Römer: Eiern Sie doch nicht so herum! Sagen Sie den Menschen ganz deutlich, dass die Linke mitregiert! Und sagen Sie den Menschen vor allen Dingen, welchen Preis SPD und Grüne dafür gezahlt haben!

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Alles wird verstaatlicht!)

Dieser Preis wird nicht offen genannt, sondern mit wohlklingenden Worthülsen verschleiert.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ich habe es doch gerade gesagt: Alles wird verstaatlicht!)

So der Kollege Römer in der „Rheinischen Post“ von heute – ich zitiere-:

„Vor Journalisten verteidigte er die Neuverschuldung zugunsten einer Politik der ‚sozialen Vorsorge‘. ... Dadurch würden in späteren Jahren die öffentlichen Kassen spürbar entlastet.“

Wie passen nun die 300 Millionen €, die Sie den Kommunen über den Nachtrag ins GFG zusätzlich auszahlen wollen, in dieses Bild? Eines steht fest: Der Betrag ist nicht durch Einsparungen im Haushalt erwirtschaftet worden. Nein, diese 300 Millionen €, die gezahlt werden sollen, sind Bestandteil der unverantwortlichen Neuverschuldungsorgie, die Rot-Rot-Grün heute durch das Plenum peitschen will.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Lediglich zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts darf das Land Nordrhein-Westfalen mehr Schulden aufnehmen, als Ausgaben für Investitionen tätigen. Und jetzt kommt es: Die Maßnahmen, die mit diesen Schulden finanziert werden, müssen geeignet sein, eben diese Störung zu beseitigen. – Die 300 Millionen € für das GFG genügen diesen Ansprüchen weiß Gott nicht.

Und der Kollege Börschel – er sollte vielleicht einmal ein Seminar besuchen, falls er zwischendurch

Zeit hat – ist der Auffassung, dass die 300 Millionen € überwiegend aus Investivmitteln für die Kommunen bestehen. – Herr Börschel, 44 Millionen € von 300 Millionen €: Ist das der überwiegende Bestandteil? – Nach meiner Rechnung jedenfalls nicht.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Wird das Geld also verwendet, um sogenannte präventive Schulden zu machen, um Vorsorge zu treffen, die zu Einsparungen in späteren Jahren führen? – Nein, im Gegenteil! Mit der Schrotflinte, völlig ohne Zweckbindung, schießen Sie 300 Millionen € über das Land.

Am 29. Oktober haben wir doch in großer Einigkeit in diesem Landtag festgestellt, wo die Gründe für die finanzielle Schiefelage der Kommunen liegen. Und wir haben uns auf einen Fahrplan geeinigt, der geeignet ist, diese Probleme anzugehen. Warum nutzen Sie denn diese Finanzmittel des Landes jetzt nicht, um mit diesem Fahrplan weiterzukommen? Warum setzen Sie deutlich erkennbar den Hebel an der falschen Stelle an, meine Damen und Herren?

Ich darf kurz darauf hinweisen, was Junkernheinrich und Boettcher in einer Stellungnahme am 17. September 2009 gesagt haben – Zitat –:

„Aus diesem Grund ist das System der Schuldenbegrenzung und der Kommunalaufsicht nach den Prinzipien einer nachhaltigen kommunalen Finanzwirtschaft und Haushaltspolitik weiterzuentwickeln.“

Das ist Prävention, meine Damen und Herren! Das ist Prävention im besten Sinne.

(Beifall von der CDU)

Hilfe zur Selbsthilfe, meine Damen und Herren, haben wir in einem gemeinsamen Antrag in Aussicht gestellt. Aber wo sind die Anreize, die Sie setzen? Halten Sie von Rot-Rot-Grün die Außerkraftsetzung des Nothaushaltes in § 76 GO und die damit verbundene Entmachtung der Kommunalaufsicht für ein System der Schuldenbegrenzung und der Kommunalaufsicht nach den Prinzipien nachhaltiger kommunaler Finanzwirtschaft und Haushaltspolitik? – Meine Damen und Herren, dann sind Sie wirklich noch weiter von der Realität entfernt, als ich eh schon angenommen hatte.

Meine Damen und Herren, Sparen ist keine einseitige kommunale Veranstaltung. Das Land und damit die Landesregierung tragen eine gesamtstaatliche Verantwortung. Sie haben damit nicht nur eine Vorbildfunktion, sondern stehen auch in der Pflicht, selbst einen substanziellen Beitrag zur Entschuldung des Landes zu erbringen. Sie allerdings geben ein grottenschlechtes Beispiel für alle diejenigen ab, die sich bei uns in den Kommunen mühen, die jeden Cent umdrehen, um ihren Haushalt auf die Reihe zu bekommen, und Sie reden denjenigen das

Wort, die ungezügelte Schuldenmacherei auf Kosten künftiger Generationen für einen gangbaren Weg halten.

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, wird diesen falschen Weg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Eine Aufstockung des GFG um 300 Millionen € aus Schulden lehnen wir daher ab.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttgen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Herter.

Marc Herter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde im Gegensatz zu Herrn Weißbrich nicht zum ultimativen Mittel der Drohung, mich auszuziehen, greifen, möchte aber etwas zu dem Beitrag von Herrn Löttgen anmerken.

Herr Löttgen, wenn Sie schon Frau Demirel aus dem kommunalpolitischen Ausschuss zitieren, dann zitieren Sie sie richtig.

(Widerspruch von Bodo Löttgen [CDU])

Frau Demirel hat nämlich deutlich gemacht, dass Gespräche zu einem Punkt des Gemeindefinanzrechts stattgefunden haben, nämlich zur Genehmigungspflicht von Auslandsgeschäften. Das ist genau der gleiche Punkt – rein zufällig, Herr Löttgen –, zu dem auch wir beide uns unterhalten haben. Also von daher: Gleiches Recht für alle in diesem Hause. – Selbstverständlich reden wir als Koalition der Einladung mit Ihnen, mit der FDP-Fraktion und auch mit der Fraktion der Linken über jeden inhaltlichen Punkt.

Schwerpunktmäßig möchte ich mich aber in drei Anmerkungen mit dem GFG beschäftigen.

Erstens. Auch die Dinge, die zum GFG in den Nachtragshaushalt eingeflossen sind, sind natürlich Bestandteil der Schlussabrechnung. Es war Ihr Griff in die Taschen der Kommunen, der nach folgendem Muster abgelaufen ist: Am Sonntag haben Sie sich über die Finanzsituation der Kommunen wortreich beklagt, am Montag haben Sie nichts gemacht, und am Dienstag haben Sie den Kommunen umso intensiver in die Tasche gegriffen dafür, dass sie am Sonntag warme Reden von Ihnen hören durften.

(Beifall von der SPD und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir beenden das, weil es sich nicht um Konsolidierung handelte, den Kommunen zugunsten des Landeshaushaltes in die Taschen zu greifen, sondern um eine Pseudokonsolidierung. Die Schulden, die Sie damit vermieden haben, waren nicht weg, sondern die hatte nur jemand anderes, nämlich die Kommunen in diesem Land. Sich das auch noch auf

die Fahnen zu schreiben, ist schon ziemlich dreist, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Zweitens. Es ist das gute Recht der Kommunen, schon in diesem Jahr das entsprechende Geld zurückzuerhalten, nämlich die 170 Millionen €, die für die Konsolidierung des Landeshaushaltes – das war sogar der Haushaltstitel: Beteiligung der Kommunen an der Konsolidierung des Landeshaushaltes – vorgesehen sind.

(Martin Börschel [SPD]: Hört, hört!)

Zweitens ist es auch nur recht und billig, ihnen auch ihren Steueranteil des fakultativen Steuerverbundes

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

in Höhe von 130 Millionen € an der Grunderwerbsteuer, Herr Palmen, zurückzugeben.

Es ist, Herr Palmen, also kein Gnadenakt, den wir gegenüber den Kommunen gemeinsam vollziehen wollen. Wir laden Sie herzlich zu einem Akt tätiger Reue, wie der Herr Kollege Körfges vermutlich sagen würde, ein, nämlich den Kommunen ihr gutes Recht zu geben.

Drittens. Es ist der erste Schritt hin zu einem Paket „Konsolidierungshilfe“. Herr Löttgen, da wundere ich mich schon sehr: Das Geld, das Sie in den letzten Jahren allen Kommunen genommen haben, wollen Sie einzelnen Kommunen zurückgeben, nämlich denjenigen, denen es finanziell am schlechtesten geht, und wollen das am Ende damit begründen, dass das eine Großtat für die Kommunen ist. – Nein, der Weg ist anders. Erst muss aus den entsprechenden Finanzmitteln des Landes wieder das gleiche Recht hergestellt werden, und danach unterhalten wir uns, Herr Löttgen, darüber, wie die Konsolidierungshilfe aussehen soll.

(Widerspruch von Bodo Löttgen [CDU])

Der erste Schritt: Alle Kommunen bekommen das zurück, was Sie ihnen genommen haben,

(Widerspruch von Bodo Löttgen [CDU])

und der zweite Schritt – Herr Löttgen –: Die Kommunen, die Sie wie wir besonders im Auge haben, die mit den großen finanziellen Probleme, bekommen danach die entsprechende Konsolidierungshilfe. So haben wir uns verständigt.

Die nächsten Schritte sind deshalb auch als Paket zu verstehen: 300 bis 400 Millionen € Konsolidierungshilfe, so wie wir es am 29. Oktober miteinander vereinbart haben,

(Manfred Palmen [CDU]: Aus neuen Schulden!)

3 bis 4 Milliarden €, die der Bund über die Übernahme der SGB-XII-Kosten zur Verfügung stellen soll, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich auch ein eigener Beitrag der Kommunen –

derjenigen, die Hilfeempfänger sind, aber auch derjenigen, die starke Schultern haben, weil wir der Auffassung sind, dass starke Schultern – auch in der kommunalen Familie – mehr tragen können als schwache Schultern.

Dann ist hier viel über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geredet worden. Ich will, nur damit das nicht in Vergessenheit gerät und mit Bezugnahme auf Ihre Äußerung, Frau Freimuth, dass da angeblich kein einziger Sachverständiger das so gesehen hat, wie wir das vortragen, aus der Anhörung zitieren.

(Angela Freimuth [FDP]: Das habe ich nicht behauptet!)

Herr Prof. Horn hat dazu ausgeführt: erstens: außenwirtschaftliches Gleichgewicht gestört, zweitens: Preisstabilität gestört, drittens: Vollbeschäftigung – es wird wohl niemand ernsthaft annehmen, dass wir Vollbeschäftigung erreicht haben – gestört,

(Angela Freimuth [FDP]: Das ist aber auch nicht verlangt!)

und viertens: Wachstum immer noch deutlich unterdurchschnittlich.

(Zustimmung von Martin Börschel [SPD])

Hier gibt es einen Unterschied zwischen der Dynamik, also dem, was Sie vielleicht als Boom bezeichnen, und der Höhe des Niveaus, auf die der Finanzminister, wie ich finde, sehr berechtigt hingewiesen hat. Wir unterhalten uns hier über eine Produktionslücke, die immer noch da ist und nicht ausgeglichen werden konnte, wenn man erst einen steilen Abstieg hingelegt hat und sich im Moment auf halber Strecke des Aufstiegs befindet. Das markiert die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Ich will Ihnen an den Kommunen deutlich machen, dass auch geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Zwei Drittel der Investitionen der öffentlichen Hand werden durch die Kommunen geleistet – zwei Drittel! Deshalb ist es nur recht und billig, diejenigen, die investieren, die kleinen und mittleren Betrieben die entsprechenden Aufträge geben, aus einem solchen Haushalt finanziell besserzustellen und damit entsprechende konjunkturelle Effekte auszulösen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist, wie Sie wissen, nicht der einzige konjunkturelle Effekt, den wir damit auslösen. Denn berechtigterweise ist hier darauf hingewiesen worden, dass auch die 520 Millionen €, die wir in die Kita-Finanzierung geben, direkt den Kommunalhaushalten zugutekommen und ihre Investitionskraft in diesem Sinne stärken.

Das ist ein zweiter Punkt, bei dem wir Verlässlichkeit gegen die Bilanz der alten Landesregierung setzen – Verlässlichkeit an einer Stelle, bei der es

um Konnexität geht. Wer die Musik bestellt, bezahlt sie hinterher auch.

Das Landesverfassungsgericht musste Ihnen das in Bezug auf die Kita-Finanzierung ins Stammbuch schreiben, und wir bilden jetzt die entsprechende Rückstellung, um das ausgleichen zu können – auch für Ihre Regierungszeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das muss auch einmal gesagt werden. Das, wovon wir uns unterhalten, reicht nicht nur nach vorne, sondern auch in die Vergangenheit.

Bei uns steht Konnexität nicht nur auf dem Papier, sondern wir setzen sie auch um – ganz im Sinne dessen, was die Ministerpräsidentin und der Kommunalminister mit den kommunalen Spitzenverbänden im September vereinbart haben. Wir beschreiben hier die lange Linie kommunalfreundlichen Verhaltens, einer auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen, Stadt und Land Hand in Hand. Wir gehen die ersten Schritte, die im Nachtragshaushalt und im Gemeindefinanzierungsgesetz vorgezeichnet sind.

Ich habe Ihnen am 29.10. – im Angesicht der kommunalen Familie, die auf den Tribünen saß – gesagt: Das ist ein hervorragender Entschließungsantrag, den wir miteinander einbringen. Der Lackmusktest kommt, wenn das GFG 2010 auf dem Tisch liegt; da muss gepfiffen werden; da geht es darum, ob Sie bereit sind, den Kommunen die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Dazu lade ich Sie heute herzlich ein. Stimmen Sie morgen dem Gemeindefinanzierungsgesetz zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Herter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die höchste Summe, die jemals im Rahmen des Steuerverbundes ausgekehrt wurde, haben CDU und FDP mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 bereitgestellt: 7,9 Milliarden €, und das im schlimmsten Jahr der Wirtschaftskrise.

Auch für 2010 konnten wir über das aktuelle Gemeindefinanzierungsgesetz immerhin die zweithöchste Zuwendung aller Zeiten vornehmen: 7,6 Milliarden €.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Eigene Leistungen!)

Aktuell kommt mehr als jeder vierte Euro des Landeshaushalts der kommunalen Familie zugute. Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Körfges; das sind die Dimensio-

nen, in denen sich CDU und FDP für die Kommunen eingesetzt haben.

SPD und Grüne hingegen machen viel Wirbel um Posten, die wir während unserer Regierungszeit um ein Vielfaches überkompensiert haben.

16,80 € Symbolpolitik für jeden Bürger: Das kommt vor Ort, Herr Mostofizadeh, natürlich gut an. Jeder Kämmerer wartet, salopp ausgedrückt, darauf, dass die Knete kommt; sie wird eingenommen und ist dann weg. Nachhaltig erzielen Sie mit dieser Politik keine Wirkung für den Landeshaushalt. Sie ist ganz im Gegenteil eine zusätzliche Belastung und angesichts der geplanten Nettoneuverschuldung von 8,4 Milliarden € – das ist hier mehrfach gesagt worden – unverantwortlich.

Unser Land ist bis über beide Ohren verschuldet. Bereits heute zahlen wir jedes Jahr rund 4,6 Milliarden € Zinsen an die Banken. Das sind am Tag mehr als 12,6 Millionen € Zinsen. Ich sage das noch mal für die jungen Leute auf der Zuhörertribüne – Sie haben richtig gehört –: jeden Tag 12,6 Millionen € Zinsen! Das Haus brennt,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber Brandstifter sind Sie doch!)

und statt zu löschen, gießen Sie auch noch Öl ins Feuer. Damit helfen Sie unseren Kommunen nicht, im Gegenteil: Mit Ihrer Verschuldungsmentalität rauben Sie den Kommunen langfristig die Kraft zum Mentalitätswechsel, zur Haushaltskonsolidierung.

Statt einfach nur Geld aus dem Fenster zu werfen, wäre es auf der Grundlage, Herr Körfges, auf die wir uns verständigt hatten – das hat die alte Landesregierung schon eingefädelt –, sowie unter Einbeziehung des Gutachtens der Professoren Lenk und Junkernheinrich sowie den Ergebnissen der Ifo-Kommission sinnvoll, zielgerichtet ein nachhaltiges Konsolidierungskonzept zu entwickeln. Stattdessen machen Sie jetzt mit dem Nachtragshaushalt so eine Geschichte und glauben, damit Gerechtigkeit herstellen zu können.

Nein, das funktioniert nicht. Es ist genauso, wie Herr Mostofizadeh es angedeutet hat: Die Kämmerer nehmen es mit. Das kann man denen gar nicht ankreiden; das würde jeder von uns auch tun. Aber der Wille zu einem Haushaltskonsolidierungskonzept wird damit wieder um wenigstens ein Jahr verschoben.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Yüksel von der SPD-Fraktion zulassen?

Horst Engel (FDP): Sehr schön, dass Sie mit mir diskutieren wollen. Aber ich möchte ungestört vortragen. – Statt nur einmal Geld aus dem Fenster

zu werfen – ich habe es bereits erwähnt –, kommen Sie mit der Gießkanne. Die Gießkanne hilft niemandem.

Wir brauchen Sparinvestitionen, die im Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe sind. Wir haben im Ausschuss – allerdings auch schon hier am Pult – versucht, das mit unserem Masterplankonzept deutlich zu machen. Langfristig – langfristig! – müssen wir helfen. Ich ergänze heute, weil der Innenminister so skeptisch guckt: Dieses Masterplankonzept enthält Meilensteine, wie wir sie nennen, und die Meilensteine sind durch Landesmittel in wirklich nennenswertem Umfang zu fördern. Das verkürzt dann an der einen oder anderen Stelle den gesamten Prozess und hält den osmotischen Druck und vor allem den Willen, tatsächlich zu konsolidieren, aufrecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich wieder wie, Herr Börschel, vor 2005 für den fataleren Weg entschieden; das ist Ihre Sache. Nun werden die Mittel bereitgestellt, und Sie handeln nach dem klassischen Satz, den wir auch in der Kommunalpolitik kennen: Reicht das Geld nicht, gehen wir zu den Banken. Die haben glatt so viel, dass sie es verleihen. – Das gilt so uneingeschränkt übrigens nicht mehr, aber das ist Ihr Weg, den Sie beschreiten.

(Martin Börschel [SPD]: Ihre Rede ist peinlich!)

Auf diesem Weg werden Sie genau dort enden, wo Sie 2005 geendet sind. Jeder Kämmerer freut sich, dass das Geld kommt. Die Mehrheit steht ja; das können wir so sehen.

Sie öffnen der Verschuldenspolitik zusätzlich Tür und Tor, indem Sie die HSK-Regeln, also die Regeln der vorläufigen Haushaltswirtschaft, ändern wollen. Sie wollen streichen, dass man auf einer Zeitachse von drei Jahren plus Antragsjahr den Haushalt konsolidieren muss, wollen also nicht mehr, dass die betroffenen Kommunen das Licht am Ende des Tunnels nachweisen müssen.

Meine Redezeit ist abgelaufen. Von uns können Sie keine Zustimmung erwarten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Kommunen in NRW muss mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Leider sind wir die einzige Fraktion, die den Kommunen mehr als nur eine symbolische Unterstützung gewähren will.

(Martin Börschel [SPD]: Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, um Ihnen hier etwas auf die Sprünge zu helfen, bringen wir einen Änderungsantrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz ein, mit dem wir den Topf für die Kommunen um weitere 344 Millionen € aufstocken wollen.

(Serdar Yüksel [SPD]: Nicht Milliarden?)

– Nein, Herr Yüksel, es sind keine Milliarden.

Dies wäre eine nachhaltige Verbesserung, weil sie auch in den folgenden Jahren wirken würde.

Im ersten Schritt wollen wir den Verbundsatz um 1 % von 23 auf 24 % erhöhen. Das ist keine einmalige milde Gabe. Denn im Gegensatz zu Ihren bisherigen Vorschlägen würde dieser Beschluss – sofern er eine Mehrheit hier im Plenum findet – auch in den kommenden Jahren gelten.

Meine Damen und Herren, was wir hier fordern, ist nichts Unmögliches. Der Verbundsatz lag in den 80er-Jahren bei 28,5 %. Wir wollen im Kern den Kommunen nur ein bisschen von dem zurückgeben, was ihnen in den letzten Jahren von den verschiedenen Landesregierungen hier im Hause geklaut wurde.

Die Kommunen brauchen dieses Geld, weil über 70 % aller öffentlichen Investitionen über die Kommunen laufen.

Die Finanznot der Kommunen ist Teil Ihrer unsäglichem Umverteilungspolitik. Ihre Steuergeschenke in der Vergangenheit, meine Damen und Herren von CDU, FDP, Grünen und auch SPD, erfolgten zulasten der Kommunen und damit zulasten der Menschen, die in den Kommunen leben. Wegen dieser falschen Politik in der Vergangenheit müssen heute Bäder und Schulen, Sportplätze und Jugendzentren geschlossen werden. Wegen Ihrer neoliberalen Politik können Straßen in den Städten und Gemeinden nicht saniert werden. Wegen Ihrer neoliberalen Politik können keine Investitionen mehr getätigt werden.

In den Kommunen kommt es mittlerweile zu immensen Gebührenerhöhungen, und auch dies ist auf Ihre Politik zurückzuführen. Diese kritisieren wir von der Linken vor Ort. Dies kritisieren wir aber auch hier im Landtag.

Meine Damen und Herren, unser Grundsatz gilt weiterhin: Wir tragen keine Anträge oder Gesetze mit, die Kürzungen vorsehen. Das gilt auch für den Haushalt. Wir befürchten, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dass Ihrer derzeitigen linken Rhetorik keine Taten folgen werden. Im nächsten regulären Haushalt werden Sie die Hosen herunterlassen und zeigen müssen,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Bitte nicht! – Minister Johannes Remmel: Nein!)

ob Sie eine sozial gerechte Politik betreiben oder ob Sie die neoliberale Politik der letzten Jahre im Kern

fortsetzen wollen. Wenn der Haushalt im Jahre 2011 Kürzungen enthält, wird ihn die Linke ablehnen.

Meine Damen und Herren, Sie alle haben dafür gesorgt, dass die Banken und Konzerne, die Reichen und Vermögenden in diesem Land immer reicher und die öffentlichen Haushalte und die Armen immer ärmer geworden sind,

(Manfred Palmén [CDU]: So ein Blödsinn!)

zum Beispiel durch die Steuerreform von SPD und Grünen im Jahre 2000, zum Beispiel durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 %, zum Beispiel durch die Unternehmenssteuerreform der Großen Koalition, zum Beispiel durch die Absenkung der Körperschaftsteuer und zum Beispiel durch den Rettungsschirm für die Banken. Dies hat Ihre unsäglichem Umverteilungspolitik vorangetrieben, meine Damen und Herren.

Meine Redezeit würde nicht ausreichen, um all Ihre Steuergeschenke an Konzerne und Wohlhabende zu erwähnen. Was dies betrifft, so haben Sie alle unendliche Fantasie bewiesen und in der Vergangenheit dafür erhebliche Energien an den Tag gelegt.

(Manfred Palmén [CDU]: Denken Sie sich das aus?)

Meine Damen und Herren, dies führte im abgelaufenen Jahrzehnt zu massiven Mindereinnahmen bei den nordrhein-westfälischen Kommunen. Den Zahlen des Bundesfinanzministerium zufolge und unter Berücksichtigung des kommunalen Finanzausgleichs fehlen den Kommunen aufgrund all Ihrer Steuererleichterungen allein in diesem Jahr fast 2,9 Milliarden €. Und seit dem Jahr 2000 liegen die Einnahmeverluste der Kommunen jedes Jahr zwischen 1 und 3 Milliarden €.

Was bringen da die von Ihnen beantragten 300 Millionen € mehr, meine Damen und Herren von SPD und Grünen? – Dies steht keineswegs im Verhältnis dazu. Mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist es nun wirklich nicht.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, auch wenn es zu wenig ist und auch wenn es hier keine Mehrheit für eine umfassende Entlastung der Kommunen gibt, so sollten die Kommunen doch wenigstens diese 300 Millionen € erhalten. Unter anderem deshalb, aber vor allem weil es nur um einen Nachtrag zum Haushalt geht, werden wir den Nachtragshaushalt nicht ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Bei noch wenigen verbliebenen Minuten für die Landesregierung möchte ich das GFG wirklich nur sehr kurz begründen und auf das eingehen, was Herr Löttgen und Herr Engel vorgetragen haben.

Man wundert sich schon, wenn man sich daran erinnert, dass wir noch vor wenigen Monaten in diesem Parlament – allerdings in anderen Rollen – darüber gestritten haben, ob es tatsächlich eine kommunale Finanzkrise gibt. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, Herr Löttgen, Herr Engel, dass Sie allein die Existenz der Finanznot der Kommunen schlichtweg bestritten haben.

(Beifall von der SPD)

Es ist zu begrüßen, dass wir vor wenigen Wochen in einem, wie ich finde, sehr guten Entschließungsantrag gemeinsam in einer Sondersitzung dieses Parlaments festgestellt haben, dass es ein ernsthaftes Problem bei der kommunalen Finanzierung gibt und wir gemeinsam etwas tun müssen.

Umso weniger verstehe ich dann allerdings die Ablehnung des Nachtragshaushalts 2010, weil damit eigentlich der Grundstein zu einem Konsolidierungsprogramm,

(Manfred Palmen [CDU]: Aus Schulden!)

für einen Stärkungspakt Stadtfinanzen in Nordrhein-Westfalen gelegt werden soll.

(Manfred Palmen [CDU]: Aus Schulden!)

– Herr Palmen, wenn Sie schon dazwischen rufen, müssen Sie das ertragen: Wir geben den Kommunen die 300 Millionen € zurück, die Sie – auch in Person – den Kommunen durch die Befrachtung des Konsolidierungsbeitrags zum Haushalt und den Vier-Siebtel-Grundsteuerentzug entzogen haben. Diese 300 Millionen € haben Sie in einem kommunalen Raubzug den Kassen entzogen, um sich damit selbst teilweise zu konsolidieren. Wir geben den Kommunen nur das zurück, was ihnen zusteht – in einer finanziellen Situation, die wirklich dramatisch ist.

Herr Palmen und auch Herr Engel, Sie haben auch persönlich tatenlos zugesehen,

(Beifall von der SPD)

dass sich die Liquiditätskredite zwischen 2005 und 2010 von 10 Milliarden € auf inzwischen über 20 Milliarden € verdoppelt haben. Sie haben genauso tatenlos zugesehen – Herr Palmen, das ist auch eine Tatsache –, dass sich die Zahl der Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept von 63 im Jahr 2009 auf jetzt 167 mehr als verdoppelt hat. Sie haben tatenlos zugesehen, dass 35 Kommunen inzwischen als bilanziell überschuldet gelten müssen bzw. deren Überschuldung in der nächsten Zeit zu erwarten ist.

Diese Situation der kommunalen Finanzausstattung ist so dramatisch, dass gemeinsames Handeln erforderlich ist. Ich habe festgestellt, dass es in diesem Parlament inzwischen zumindest überwiegend eine Gemeinsamkeit bei der Beurteilung der Lage gibt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage ...

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, jetzt nicht. Ich habe so wenig Zeit, dass ich gerne im Zusammenhang vortragen möchte.

(Manfred Palmen [CDU]: Ich hätte gewartet, bis Sie fertig sind!)

Es gibt eine große Einheit über verschiedene Fraktionen hinweg, was die Analyse der jetzigen Situation angeht. Lassen wir einmal die Ursachen weg; dazu habe ich Ihnen gerade einen Vortrag gehalten. Nun geht es darum, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Die erste Konsequenz ist die Soforthilfe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Größenordnung von 300 Millionen €. Auf einen mit Ihnen gemeinsam gefassten Beschluss hin, Herr Palmen und Herr Löttgen, soll der Haushalt 2011 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen weitere 300 bis 400 Millionen € als Unterstützung für notleidende Kommunen in Nordrhein-Westfalen vorsehen.

Das alles zusammengenommen sind wichtige Bausteine des Landes in einer schwierigen Situation des Landeshaushaltes selbst. Gegenüber unseren eigenen Kommunen sind wir in der Verpflichtung, Hilfe zu leisten.

Herr Palmen, ich bitte um Ihre persönliche Aufmerksamkeit und Unterstützung: Wenn wir Licht ans Ende des Tunnels bekommen wollen, wenn wir in den 396 Kommunen in welchem Zeitraum auch immer tatsächlich wieder ausgeglichene Haushalte erreichen wollen, geht es nicht ohne die Leistung des Bundes. Der Bund muss für die Sozialgesetze, die er zulasten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen beschlossen hat, gelegentlich auch geradestehen.

(Beifall von der SPD)

Unsere Haltung in Nordrhein-Westfalen ist ganz klar: Mindestens die Finanzierung der Grundsicherung ist eine Aufgabe des Bundes und nicht der Kommunen. Diese finanzielle Entlastung wird dringend gebraucht, um Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-Westfalen betreiben zu können. Deshalb lautet mein dringender Rat im Sinne von 396 Kommune in diesem Land: Stimmen Sie dem Nachtragshaushalt 2010 zu.

(Beifall von der SPD – Britta Altenkamp [SPD] meldet sich.)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordneter Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! CDU und FDP schimpfen über die Erhöhung der Neuverschuldung. Ich möchte sachlich auseinandersetzen, wie das Verhältnis von öffentlicher Verschuldung, gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht und privatem Reichtum volkswirtschaftlich zu sehen ist.

Die für den Landhaushalt gültige und aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 abgeleitete goldene Regel besagt, dass die Schulden nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts die Investitionen überschreiten dürfen.

(Zuruf von der CDU: Völlig richtig!)

Das ist das letzte Relikt der keynesianischen Hegemonie des Nachkriegskapitalismus oder des Goldenen Age des Kapitalismus.

(Widerspruch von der CDU)

Insofern ist die Verschuldungsregel – das muss deutlich gesagt werden – in Gesetz gegossene keynesianische Theorie. Darum laufen Neoliberale aller Couleur wie Sie hier im Landtag – Sie haben es eben wieder gezeigt, meine Damen und Herren von CDU und FDP – dagegen Sturm.

Als im Jahr 1973 das System der festen Wechselkurse von Bretton Woods zerbrach, begann zugleich der Siegeszug der monetaristischen Theorie, die von der Ultrastabilität der Marktwirtschaft ausgeht. Diese leider immer noch an den Universitäten vorherrschende Irrlehre trägt ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für die Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise.

Der Monetarismus – also Lohnzurückhaltung, Abbau staatlicher Aktivitäten, Senkung der Unternehmenssteuern, umfassende Deregulierung – hat objektiv abgewirtschaftet und ist in der Bevölkerung zunehmend diskreditiert.

Im Jahr 2009 wird die Schuldenbremse eingeführt, als die Wertwirtschaftskrise längst begonnen hatte und die vermeintlich effizienten Finanzmärkte kollabierten. Die Schuldenexplosion kam nicht von zu hohen Staatsausgaben, sondern von der permanenten Absenkung der Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen.

Nun stehen jedem Schuldner Gläubiger gegenüber, die viel zu verlieren haben. Die Zinsausgaben werden daher für sakrosankt erklärt: „Pacta sunt servanda.“ Infrastruktur, Bildung und Soziales aber werden zur Disposition gestellt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben große Angst vor dem Staatsbankrott und akzeptieren Haushaltskonsolidierung zu ihren eigenen Lasten als vermeintli-

chen Sachzwang. Wir Linken sagen dazu: Lasst euch nicht weiterhin betrügen.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Lesen Sie doch bitte den heute erschienenen Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW, zum Thema „Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz“. Der Untertitel lautet: „Öffentliche Armut, privater Reichtum“

Das private Nettovermögen macht 307 % des Bruttoinlandsprodukts aus, die Staatsverschuldung hingegen nur 73 %. Bei derart hohem Privatvermögen ist die Staatsverschuldung keineswegs dramatisch. Das DIW resümiert – ich zitiere –:

„Insgesamt stellt sich ... die intergenerative Belastungswirkung des öffentlichen Gesamthaushalts ... aus makroökonomischer Perspektive durchaus entspannt dar.“

(Zuruf von der CDU: Das wundert mich nicht!)

Allerdings – so sagt das DIW –

„besitzen die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung über 90 Prozent des Vermögens, und die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über 60 Prozent des Vermögens.“

Wir Linke tragen die aktuelle Forderung des DIW mit, höhere Einkommen und Vermögen stärker zu belasten. Insbesondere die DIW-Forderung einer einmaligen Vermögensabgabe zur Entschuldung sollte geprüft werden. Die Explosion der Staatsverschuldung zur Sicherung der Banken und des Finanzsystems hat in erster Linie die Vermögenden und Aktionäre geschützt. Jetzt muss dieses Geld zurückfließen.

Wenn Sie hierüber nicht reden wollen, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, sollten Sie zur Neuverschuldung des Haushalts lieber schweigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 5 Minuten und 26 Sekunden überschritten hat. Falls gewünscht, steht den Fraktionen noch ein Redezeit zu. – Gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Körfges für die SPD-Fraktion.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir scheint es, nachdem in der Debatte das eine oder andere vertieft worden ist, auch vor dem Hintergrund der Ankündigung juristischer Schritte durch die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP wichtig zu sein, noch einmal auf einen Fakt hinzuweisen. Sie haben ver-

sucht, sich unserem Vorwurf der unrichtigen Veranschlagung von Lasten, der Unterschlagung von notwendigen Ausgaben aus Gründen der Wahlkampfführung für das Jahr 2010 dadurch zu entziehen, dass Sie eine Formaldebatte über die Frage begonnen haben, ob der Nachtragshaushalt der Verfassung entspricht.

In diesem Zusammenhang wiederhole ich ganz ausdrücklich den Ihnen vom Kollegen Börschel gemachten Vorhalt. Meine Damen und Herren, wer an dieser Stelle der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen vorwirft, sie würden gegen Verfassungsrecht verstoßen, hat nicht nur moralisch, sondern auch juristisch die Pflicht, seine Vorstellungen in Änderungsanträgen zu Papier zu bringen.

Meine Damen und Herren, Sie wollen doch nur vom eigenen Versagen ablenken und einen juristischen Popanz aufbauen. Ansonsten sind doch viele von Ihnen ganz froh darüber – insbesondere diejenigen, die in Kommunen Verantwortung tragen –, dass es jetzt zu substanziellen Verbesserungen mit dem Haushalt kommt.

(Ralf Witzel [FDP]: „Verfassungskonformer Haushalt“ ist das Thema!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle – das richtet sich an die Kolleginnen und Kollegen der Linken – auf diesen ach so schwierigen Punkt, der eigentlich nicht so schwierig ist, „Risiken der Westdeutschen Landesbank“, zu sprechen kommen.

Wir haben an dieser Stelle Garantien des Landes in der Gesamtgrößenordnung von 3,65 Milliarden €, eine Werthaltigkeitsgarantie von 2,2 Milliarden € und eine Eigenkapitalgarantie von 0,5 Milliarden €. Dem haben Sie – seinerzeit von uns inhaltlich durchaus nachvollzogen – eine Vorsorgemaßnahme von 1,15 Milliarden € gegenübergestellt.

Ich frage sie erst einmal dem Grunde nach: Was macht den Unterschied zwischen einer rot-grünen und einer schwarz-gelben Rückstellung für die Risiken aus? Meine Damen und Herren, meinen Sie wirklich, dass in Anbetracht aller uns vorliegenden Prognosen eine Absicherung des Gesamtrisikos mit 18 % ausreichend ist? Sind Sie wirklich dieser Ansicht?

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Weder können noch wollen wir Horrorszenarien an die Wand werfen, aber klar ist doch, dass wir, wenn uns diese Risiken ohne gehörige Vorsorge treffen, nicht nur als Land innerhalb eines Haushaltsjahres ein ganz extremes Problem haben. Dann ziehen wir auch diejenigen, die sich als Miteigentümer in einer vergleichbaren Position befinden, nämlich unsere Kommunen und ihre Sparkassen, in diesen Strudel hinein.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wer an dieser Stelle die Risiken völlig negieren und wegdiskutieren will oder Minimierungspositionen hat, ist sich ganz offensicht-

lich nach wie vor nicht der Verantwortung bewusst, die wir insgesamt auch für unsere Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen tragen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Körfges, wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, der geeignet ist, diesen Haushaltsplan im Prinzip zu ersetzen.

(Zuruf von der SPD: Im Prinzip!)

An einzelnen Sachen herumzufummeln und einzelne Anträge zu stellen, bringt überhaupt nichts.

(Zuruf von der SPD: Entschließungsantrag!)

Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu, und Sie sind auf der richtigen Seite. Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der CDU – Minister Johannes Remmel: Das ist doch billig! – Weitere Zurufe)

Zweitens. Zu Ihrer Diskussion über die Rücklagen bei der WestLB: Natürlich haben wir diesen Risikoschild aufgespannt und eine Rücklage gebildet. Das ist völlig unstrittig. Aber wir haben sie nicht über neue Schulden, sondern aus dem Jahresabschluss finanziert. Ihre Kollegin Walsken hat sich damals tierisch aufgeregt und hielt es für totalen Blödsinn, 936 Millionen € in diesen Risikofonds einzustellen. Das alles sei nicht nötig, denn es könne überhaupt nichts passieren.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie haben das ganz anders gesehen. Jetzt greifen Sie das an, dass wir sagen: Man darf aus neuen Schulden keine Rücklagen bilden. – Das mögen Sie für formal halten. Aber wir werden ja sehen, was vor dem Verfassungsgerichtshof herauskommt. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das, was Sie heute geliefert haben, nicht in der Lage ist ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Weisbrich, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Körfges zulassen?

Christian Weisbrich (CDU): Na ja.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege Weisbrich, ich gehe davon aus, dass Ihnen das Ge-

samtdeckungsprinzip des Haushalts bewusst ist. Unter dieser Voraussetzung: Bleiben Sie tatsächlich bei der Behauptung, Sie hätten die Rücklagen für die Absicherung der WestLB ohne Schulden hingekriegt?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege Körfges, ich habe gesagt: keine Schulden zum Zwecke der Bildung von Rücklagen. Das Gesamtdeckungsprinzip in Ehren, aber wir haben das aus dem Jahresabschluss des Haushaltes, weil wir sparsam gewirtschaftet hatten, gemacht. Wir haben nicht die finstere Absicht gehabt – so wie Sie das tun –, neue Schulden aufzunehmen und sie da hineinzustopfen. Das hätten wir ja auch machen können.

Natürlich kennen wir alle die Situation, wie sie ist. Aber ich frage mich, warum Sie das so ängstlich sehen. Im Augenblick spricht überhaupt nichts dafür, dass Ihre Ängste begründet sind. Der Herr Finanzminister hat ja in der Debatte zur Regierungserklärung gesagt, da werden jetzt sofort noch 250 Millionen € fällig, noch im September. Nichts ist passiert. Bis heute ist nichts passiert. Es wird auch so bleiben. Diese Cassandra-Rufe kann ich schon bald nicht mehr hören. Ich frage mich nur: Warum haben Sie das nicht dort, wo Ihre alte rot-grüne Landesregierung Garantieerklärungen in Sachen NRW.BANK abgegeben hat, veranschlagt? Das ist doch viel riskanter als alles andere. Darüber reden Sie nicht.

Also: Seien Sie ganz zufrieden. Wir haben einen Entschließungsantrag gestellt. Diesem Entschließungsantrag – dazu haben wir Sie ausdrücklich eingeladen – können Sie zustimmen. Dann sind wir auf der ziemlich sicheren Seite, was den Landshaushalt anbelangt. Dann werden wir über 3 Milliarden € weniger Schulden machen. Dann werden wir das Land um mehr als 100 Millionen € pro Jahr weniger schädigen, als Sie das tun wollen. Also stimmen Sie zu, und versuchen Sie hier nicht, uns in die moralisch schiefe Ecke zu stellen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 Drucksachen 15/200 und 15/600, die Ergänzungsvorlage. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/900**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/200 und Drucksache 15/600 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine

Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD und Grünen bei Ablehnung von CDU und FDP bei Enthaltung der Linkspartei die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Nachtragshaushalt 2010 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 Drucksache 15/207. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/901**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/207 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist bei Zustimmung der Fraktionen von SPD und Grünen bei Gegenstimmen durch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke die Beschlussempfehlung **angenommen** und das **Gesetz zur Änderung des GFg für das Jahr 2010 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Gemäß § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz und Gemeindefinanzierungsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **dritte Lesung** des Entwurfs des Nachtragshaushaltsgesetzes und des Gesetzes zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes **morgen** durchzuführen. Über den Entschließungsantrag Drucksache 15/927 ist ebenfalls morgen nach der dritten Lesung abzustimmen.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 3 und kommen zum neuen Tagesordnungspunkt

4 Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzierungsrechts

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/27

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/935

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 15/867